

# Sie haben Fragen ...

- an den Bundeskanzler
- an die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend
- an den Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien
- zu aktuellen Themen der Regierungspolitik
- zur Europäischen Union
- zur öffentlichen Verwaltung in Österreich
- zu Familienleistungen des Bundes (z. B. Familienbeihilfe)
- zu Anlaufstellen und Services für Mädchen und Frauen

Wir freuen uns auf Ihre Fragen und Anliegen!

## Bürgerinnen- und Bürgerservice



0800 222 666\* Mo bis Fr: 8–16 Uhr



service@bka.gv.at



Bundeskanzleramt Ballhausplatz 1 1010 Wien



+43 1 531 15-204274

#### **Frauenservice**



0800 20 20 11\* Mo bis Do: 10–14 Uhr Fr: 10–12 Uhr



frauenservice@bka.gv.at

#### **Familienservice**



0800 240 262\* Mo bis Do: 9-15 Uhr



familienservice@bka.gv.at

\* gebührenfrei aus ganz Österreich





#### Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaherin und Verlegerin-

Bürgerinitiative Demokratisch Leben,

Jahnstraße 17, 6020 Innsbruck

Tel.: +43 512 58 67 83

Herausgeberin und Redaktion: Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien, Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative. minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: Gamze Ongan

Redaktionelle Mitarbeit: Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, mh, Jessica Beer, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig Kolumnen: Hakan Gürses, Erwin Riess, Vida Bakondy Grafisches Konzept, Artdirektion & Illustrationen: fazzDesign (Fatih Aydogdu) | fazz@fazz3.net

Lektorat: Daniel Müller

Herstellung (Repro & Druck):

Donau Forum Druck Ges.m.h.H. Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien | office@dfd.co.at

Lizenznehmer Österreichisches Umweltzeichen.

Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck | Ver-

lagspostamt: 6020 Innsbruck

Anzeigen: Ebru Uzun | office@initiative.minderheiten.at Aboservice: Ebru Uzun | abo@initiative.minderheiten.at

Jahresahn: FUR 20 - Inland FUR 30 - Ausland (für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: EUR 5,50

Web: www.initiative.minderheiten.at

www.zeitschrift-stimme.at

www.facebook.com/zeitschriftstimme

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Aushang Kurzmeldungen

**Editorial** Gamze Ongan

Stimmlage | Von Gegenschlägen und Rückschritten Hakan Gürses

Qualität im Journalismus Maren Beaufort und Josef Seethaler

Das Konzept ist nicht am Schreibtisch entstanden Radioaktivist\_innen erinnern sich Barbara Eppensteiner

20 Jahre Kärntner Freies Radio AGORA Kristijan Schellander

Es war eine bedrohliche Situation, völlig 15-17 unverhältnismäßig, völlig absurd Raffaela Gmeiner im Gespräch mit Alexander Baratsits

18-21 ""Jetzt machen alle Podcasts. Wir machen das schon seit 20Jahren"

Cornelia Kogoj im Gespräch mit Radio Stimme-Redakteur\_innen

Public Broadcasting mit anderen Mitteln 22-23 Rainer Rosenberg

Blick über den Tellerrand 24-25 Helmut Peissl

Lernen durch die Produktion von Sendungen Meike Lauggas

Nachlese | Auf Widerstand 2.0.18 **29–30** Julia Schönherr

> Lektüre Rezensionen

Kennengelernt: Melahat Biçer 32-33 Duygu Özkan

> Groll | Fünfundzwanzig Jahre Pflegegeld oder Das vergessene Jubiläum **Erwin Riess**

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: STIMME – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Mitglied der Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaberin) und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliederbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adressen der Medieninhaberin und der Herausgeberin sind im Impressum angeführt.

#### Slowenischer Staatspreis für Vladimir Wakounig



Tiv. Prof. Dr. Vladimir Wakounig, Obmann der Initiative Minderheiten, wurde für seine außerordentlichen Leistungen im Minderheitenschulwesen mit dem Staatspreis der Republik Slowenien auf dem Gebiet des Bildungswesens geehrt.

In der Begründung der Kommission heißt es u. a.:

"Dr. Vladimir Wakounig, der am Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt/Celovec tätig

war, widmete den Großteil seiner akademischen Laufbahn den interkulturellen und sprachpolitischen Fragen, Sein zentrales Anliegen war, die Erforschung des Zusammenlebens verschiedener Kulturen und Sprachen in einer multikulturellen Gesellschaft. (...) Kritische Betrachtungen des zweisprachigen Unterrichts im Kärntner Minderheitenschulwesen und vergleichende Analysen zweisprachiger Bildung in anderen europäischen Ländern veranlassten Dr. Wakounig, ein eigenes Modell der bilingualen Erziehung zu entwickeln, das die bisherige zweisprachige Schulpraxis in Kärntner Schulen bei weitem übertraf.

Das Immersionsmodell ,Eine Woche Deutsch - eine Woche Slowenisch', das in verschiedenen Schulen als Schulversuch eingeführt und wissenschaftlich begleitet wurde, erwies sich laut empirischen Untersuchungen und begleitenden Forschungsergebnissen (...) als eine besondere Neuigkeit für die zweisprachige Erziehung und Bildung in Kärnten. Dieses Immersionsmodell ist zweifelsohne eine wichtige pädagogische und bildungspolitische Innovation, die einer breiten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit würdig ist, und daher als eine außerordentliche Leistung im Bildungswesen zu sehen."

Wir sind stolz auf dich und gratulieren ganz herzlich, čestitamo Mirko!

#### Mangelndes Wissen über Frauenrechte

S OS Mitmensch präsentierte eine Erhebung zum Wissens- und Bewusstseinsstand von Schülerinnen und Schülern über Mädchen- und Frauenrechte. Ergebnis der Befragung von knapp 300 Jugendlichen an acht Schulen: Der Rückhalt für Frauenrechte und die Wissbegier der jungen Menschen ist enorm, zugleich gibt es erhebliche Wissenslücken.

Über 40 Prozent der Befragten gaben an, noch nie im Unterricht über Frauenrechte gesprochen zu haben oder sich nicht mehr daran erinnern zu können. Mehr als die Hälfte ist in der Schule noch nie mit dem Thema Mobbing und Gewalt gegen Mädchen und Frauen konfrontiert worden, knapp die Hälfte hat noch keine Informationen über häusliche Gewalt erhalten.

Gering ausgeprägt ist das Wissen über Einrichtungen, die Beratung und Hilfe anbieten. Bekannteste Beratungseinrichtung ist die "Rat auf Draht"-Hotline, bekannteste Hilfseinrichtung bei Gewaltvorfällen die Polizei.

Laut SOS Mitmensch zeige die Erhebung deutlich, dass bei der Information junger Menschen akuter Handlungsbedarf bestehe. "Politische Lippenbekenntnisse, dass die Gleichstellung von Frauen und das Empowerment von Mädchen wichtig seien, sind nicht genug. Es braucht Bewusstseins- und Stärkungsarbeit von früh an, um die Verletzung von Mädchen- und Frauenrechten abzuwehren", fordert SOS Mitmenschsprecher Alexander Pollak die Politik zu einer Informationsoffensive an Schulen auf.

Die Studie ist downloadbar unter "Schulumfrage zu Frauenrechten" auf: www.sosmitmensch.at

# Broschüre "Einzelfälle und Serientäter"

V or der letzten Nationalratswahl in Österreich (Oktober 2017) hat das Mauthausen Komitee für einen Zeitraum von rund viereinhalb Jahren insgesamt 68 rechtsextreme Aktivitäten von FPÖ-Politikern verzeichnet. Die Dokumentation "Lauter Einzelfälle?" fand ein enormes Medienecho und führte zu einer breiten Debatte. Die Bezeichnung "Einzelfälle" für die dauernden demokratiefeindlichen Umtriebe der FPÖ ist seither allgemein gebräuchlich.

Das Mauthausen Komitee ist nun den Einzelfällen seit der Nationalratswahl nachgegangen. Immerhin wurde die FPÖ im Dezember 2017 Regierungspartei. Nimmt sie ihre diesbezügliche Verantwortung wahr? Hat sie sich gemäßigt? Ist die Zahl der rechtsextremen Aktivitäten in ihren Reihen gesunken? Hat sich zumindest die Parteispitze vom Rechtsextremismus befreit? Und bekämpft sie wirklich den Antisemitismus? Nachzulesen in der neuen Broschüre "Einzelfälle und Serientäter".

https://www.mkoe.at/

# Art&Mind-Kunstatelier von Sedef Hatapkapulu

Art&Mind ist ein praxisorientiertes Kunstseminar, das einen experimentellen Ansatz zur künstlerischen Entwicklung der Teilnehmerinnen bietet. Den Ausgangspunkt bilden Skizzentagebücher, die mit den Themen "Grenzen" und "Geheimwissen" in Beziehung gesetzt werden. Die selbst kreierten künstlerischen Skizzentagebücher werden in der abschließenden Atelierausstellung präsentiert.

Sedef Hatapkapulu studierte Malerei in der Meisterklasse für Experimentelles Gestalten bei Maria Lassnig und Christian Ludwig Attersee an der Hochschule für Angewandte Kunst, Wien. Die Künstlerin lebte und arbeitete u. a. in Istanbul, Wien und Moskau und unterrichtet seit 2001 Art&Mind an der Boğaziçi Universität in Istanbul.

Ihre Werke waren zuletzt zu sehen auf *Pillars of Memory,* Piazza am Yppenplatz,

Wien (in Verbindung mit der Gruppenausstellung MASC FOUNDATION presents Cross Borders).

www.sammlungdichter.com

Termin(e): ab 17. Jänner 2019, jeden Mittwoch, 17:30 bis 20:00 (laufender Einstieg möglich | nur für Frauen!)

**Sprachen:** Deutsch, Englisch, Türkisch und Russisch

Kosten: nach Vereinbarung

Ort: FZ, Währingerstr. 59 Stiege 6, 1090 Wien

Für mehr Information: Tel.: 0660 557 48 32 E-Mail: sedhat@hotmail.com



v-Mediei

s sprach sich herum, es war plötzlich möglich: Radio machen! Wie viele andere, ergriff auch ich Anfang der 1990er Jahre die Chance, eine Radiosendung mitzugestalten. Einmal im Monat trafen wir uns zu viert und nahmen eine Audiokassette mit Informationen und Musik für die türkischsprachige Community auf. Nach vollendeter Arbeit übergaben wir diese an einen "Radiopiraten", der für die Ausstrahlung sorgte. Wir waren zweisprachig und nannten die Sendung Kapıkule - wie den Grenzübergang zwischen der Türkei und Bulgarien.

Die ersten Piratensender waren in Österreich schon seit 1987 aktiv, bis 1992 gab es allein in Wien 25 Radiogruppen. 1993 stellten die Piratenradios ihre Arbeit ein, um sich auf die Legalisierung der Radioarbeit zu konzentrieren. Im selben Jahr wurde Österreich aufgrund des ORF-Monopols wegen "Einschränkung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung" vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt. Am 1. April 1998 schließlich ging Radio Orange 94.0 als erstes Freies Radio mit eigener Lizenz auf Sendung.

Heute nach 20 Jahren gestalten bundesweit rund 3000 Redakteur\_innen in 14 Freien Radios und drei Community-TVs jährlich 146.000 Programmstunden - zumeist ehrenamtlich, gemeinnützig und werbefrei.

Anlässlich dieses runden Jubiläums hat die Stimme Medienmacher\_innen und -forscher\_ innen eingeladen, dieses Heft gemeinsam zu gestalten.

Maren Beaufort und Josef Seethaler von der Arbeitsgruppe "Media, Politics & Democracy" an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften machen sich Gedanken über die demokratische Qualität des Journalismus. Die zentrale Frage: Warum braucht eine partizipatorische Demokratie andere Medien als eine rein repräsentative?

Barbara Eppensteiner, Gründungsintendantin des Community-Senders Okto, hat für die St<mark>imme m</mark>it jenen Person<mark>en</mark> gesprochen, ohne deren Engagement und Beharrlichkeit das österreichische Rundfunkmonopol noch viele Jahre bestanden hätte: Anu Pöysko, Alexis Neuberg, Fiona Steinert, Thomas Thurner und Alexander Baratsits erinnern sich an die Debatten und Entscheidungen in der Grün-



In einem Beitrag über das zweisprachige Kärntner Radio AGORA blickt dessen erster Obmann Kristijan Schellander zurück auf den Kampf der "RadiopartisanInnen" gegen das Rundfunkmonopol.

Raffalea Gmeiner sprach mit dem Radiopionier und Juristen Alexander Baratsits über Transparente vor Wetterkameras, einen Hubschraubereinsatz in Salzburg sowie das Potential Freier Radios heute.

2018 feiert auch Radio Stimme, die Sendung der Initiative Minderheiten, ihren 20. Geburtstag. Cornelia Kogoj unterhielt sich mit den früheren und heutigen Redakteur\_innen Gerd Valchars, Alexander Pollak, Alexandra Siebenhofer und Katharina Bacher über die Bedeutung des Radiomachens für junge Menschen, den selbstgestellten Qualitätsanspruch und die Zukunft Freier Radios.

Rainer Rosenberg, langjähriger ORF-Redakteur und heute Lehrbeauftragter am Publizistikinstitut der Universität Wien, denkt über die Relevanz Freier Radios nach - für die Hörerschaft und für die Macher\_innen.

Der Leiter des Instituts COMMIT Helmut Peissl, mit dessen Unterstützung wir diese Stimme-Ausgabe konzipiert haben, befasst sich mit der Rolle internationaler Institutionen in der Entstehung und Erhaltung nichtkommerzieller Medien.

Einen besonderen Verdienst der Community-Medien kontextualisiert schließlich die Historikerin Meike Lauggas anhand einer Studie: Nicht nur Hörer\_innen profitieren von den Sendungen, sondern Bildung passiert bei der Sendungsproduktion auch nebenbei.

Es ist wieder Donnerstag! Seit dem 4. November 2018 gehen Menschen - wie auch im Jahr 2000 - jede Woche auf die Straße, um gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung zu demonstrieren. Radio Stimme hat berichtet und Julia Schönherr die Nachlese verfasst.

An dieser Stelle begrüßen wir herzlich Duygu Özkan, die beginnend mit dieser Ausgabe für die Stimme Menschen porträtieren wird, deren Geschichten gewöhnlich keinen Platz in den Mainstreammedien finden. Für die erste Folge von Kennengelernt hat sie Melahat Biçer zugehört, die seit 17 Jahren am Viktor-Adler-Markt aufkocht. Willkommen in der Stimme, liebe Duygu!

Hören Sie viel Radio und bleiben Sie den Stimmen aus der Initiative Minderheiten treu - in Print und on air. Wir werden auch 2019 mit gesellschaftlich substantiellen Themen jede zweite Woche auf Sendung und viermal im Jahr in Ihrem Postfach sein. Und wir bleiben kritisch!

dungszeit.

Erholsame Feiertage sowie viel Kraft und Energie für das neue Jahr wünscht Gamze Ongan | Chefredakteurin



## Von Gegenschlägen und Rückschritten

nlängst fand ich meine Notizen zu einem Kurzvortrag, den ich im Dezember 1999 gehalten hatte – bei einem Treffen der Demokratischen Offensive, einer Initiative von Aktivist\_innen um den Republikanischen Club gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung. Der erste Satz des Manuskripts lautet: "Wir befinden uns in einer Backlash-Situation; die Probleme, die heute öffentlich diskutiert werden, stehen weit hinter dem Niveau der Diskussionen vor etwa zehn Jahren." Was ich vor 19 Jahren als "Backlash" bezeichnet habe, ist inzwischen ein eindeutiger Rückschritt geworden - auf fast allen gesellschaftspolitischen Ebenen.

Tatsächlich diskutierten wir Ende der 1980er Jahre über Doppelstaatsbürgerschaft, Wahlrecht für Nicht-Österreicher\_innen, Multikulturalität, offene Grenzen ... Den ersten harten Gegenschlag markiert das sogenannte Fremdengesetz, das 1993 in Kraft trat. Die öffentliche Diskussion um die Entkoppelung des Wahlrechts von der Staatsangehörigkeit wurde damals schlagartig von der Frage überdeckt, wie viel Quadratmeter Wohnfläche ein "Fremder" vorweisen müsse, um den Aufenthaltstitel verlängert zu bekommen. Das Ausmaß der Strafe bei Fristversäumnissen. löste als Thema die Forderung ab, Wohnbürgerschaft als Kriterium für politische Rechte einzuführen. So war es auch kein Zufall mehr, dass mit der Errichtung der offen rassistischen Regierung im Jahre 2000 Diskussionsthemen überhandnahmen wie: Sollen Kinder in Schubhaft genommen werden oder nicht; Integration vor oder nach Zuwanderung; Quoten von 100 oder 150 "Fremden" für ein Bundesland; soll das Erlernen der deutschen Sprache zur Pflicht gemacht werden, und können "sie" angesichts ihrer so fremden Kultur überhaupt Deutsch lernen?

Der Gegenschlag hat in gesellschaftspolitischen Belangen andere Auswirkungen als im Boxkampf. Der Unterschied liegt insbesondere darin, dass Personen und Gruppen, die emanzipatorische Forderungen auf ihre Transparente geheftet haben, nach einem massiven Backlash nicht nur am Boden liegen, sondern bald auch beginnen, die eigenen Agenden und Forderungen, ja die wichtigsten sozialen und politischen Errungenschaften in Frage zu stellen und sich zusehends auf die Ebene des "Gegners" begeben. Backlash bedeutet vor allem die Übernahme des gegnerischen Denkhorizonts. Das Ziel wird verkleinert, die Forderungen auf die "Realität" zurückgeschraubt, der Diskurs wird bescheidener, und die Aktivist\_innen werden "reifer".

Wer sich die Geschichte als einen geraden Weg hin zum Guten und Schönen vorstellt und den Fortschritt für eine unwiderrufliche Entwicklung hält, sollte sich jene Rückschläge anschauen, welche etwa die verschiedensten US-Bürgerrechtsbewegungen seit den 1960er Jahren

einstecken mussten, so auch die feministischen Bewegungen oder der relativ junge PC-Diskurs. Präsident Trump hat Schläge gegen emanzipatorische Bewegungen und Initiativen zur politischen Kunstform entwickelt, so wie er Personen tagtäglich aufs Ärgste diffamiert, die für Emanzipation einstehen. Nicht viel anders ist die Lage in der Alten Welt, wo im letzten Jahrzehnt fast alles, was mit Demokratie und Menschenrechten in Verbindung gebracht wird, harte Gegenschläge hat erleiden müssen.

Ironie am Rande: Während die emanzipatorischen Subjekte von Logik, Diskurs und Denkhorizont der autoritären, konservativ bis reaktionären Kräfte "angesteckt" werden und ihre fortschrittlichen Positionen nach und nach aufgeben, übernehmen just jene autoritär-reaktionären Kräfte bei Wiedererrichtung rassistisch-patriarchal-ausbeuterischer Strukturen die Begrifflichkeit der emanzipatorischen Bewegungen. Sie nennen beispielsweise die Öffnung der Grenzen "Rassismus gegen die eigene Bevölkerung", die politisch korrekte Sprache "linken Faschismus", humanitäre Hilfe für Geflüchtete "Verbrechen an Flüchtlingen" und feministische Forderungen "Lustfeindlichkeit".

Was bereits vor fast 20 Jahren als Backlash sichtbar wurde, hat heute wohl seinen Zenit erreicht. Wir leben in einem Zeitabschnitt rechter Politik, die ihre Hegemonie zu konsolidieren sucht. Nicht nur Linke erleben in diesen Tagen eine politische Depression, sondern auch Liberale und bürgerliche Verfechter\_innen der Rechtsstaatlichkeit. Folgerichtig höre ich zunehmend die "gutgemeinte" Klage, das alles sei die Schuld der Linken - ihr fehlendes Gegengewicht, ihre mangelhaften Alternativen zum bestehenden System, ihre Social-Media-Blasen und vor allem ihre realitätsfremden Themensetzungen (Stichwort: Transgender-Toiletten) hätten den Rechtsruck bewirkt. Selbstzerfleischung war immer schon eine linke Disziplin, aber nun mischen sich auch jene in den Klagechor, die selbst bei jeder Gelegenheit die Linken bekämpft haben – das Ganze ist nicht nur unfair, sondern auch schlichtweg unsinnig.

Abgesehen davon, dass diese - derzeit sehr angesagte -Klage selbst ein musterhaftes Beispiel für den Backlash darstellt, schließt jeder Widerstand Rückschläge mit ein. Es ist wichtig zu wissen, dass mancher Rückschlag eine Schichte bildet, auf die sich autoritäre, anti-emanzipatorische Gesellschaftsmodelle stützen können. Wenn zu viele Schichten übereinander liegen, kommt es zu einer Verkrustung und es wird naturgemäß schwieriger, diese Strukturen zu durchbrechen. Ein solches Erfahrungswissen macht aber den Widerstand nicht überflüssig; im Gegenteil zieht die Herausforderung der Macht Widerstand nach sich.



# Qualität im Journalismus

### Öffentlich-rechtliche, kommerzielle und freie Medien im Vergleich

emokratie ist nicht einfach. Demokratie muss gelebt werden, damit sie ist. Der Raum, in dem Demokratie gelebt werden kann, heißt Öffentlichkeit. Ohne

Ein Zeitsprung zurück ins 18. Jahrhundert: Im Zuge der Emanzipation des Bürgertums, das sich seines wirtschaftlichen und politischen Potenzials bewusst wurde, geschah etwas bis heute Entscheidendes. Aus der Öffentlichkeit als Ort der Debatte (wie sie im antiken Athen durch die Agora realisiert war) wird das Prinzip Öffentlichkeit – ein Prinzip, das die Mächtigen verpflichtet, sich dem Rampenlicht der Publizität zu unterwerfen und Rechenschaft gegenüber den Forderungen einer öffentlichen Vernunft abzulegen, also Macht transparent auszuüben. Öffentlichkeit ist somit nicht etwas, das die Mächtigen gewähren, sondern Öffentlichkeit legitimiert erst Macht - demokratische Macht.

Das Prinzip Öffentlichkeit kam umso mehr zur Geltung, als sich im Laufe der Jahrhunderte die Elitenöffentlichkeit in eine allgemeine Öffentlichkeit wandelte, die die Vielfalt der Gesellschaft repräsentiert. Zugleich bedurfte es eines Forums, durch das

Öffentlichkeit ihre Funktion entfalten kann - die Medien. Sie organisieren in Demokratien die Selbstbeobachtung und Selbstverständigung der Gesellschaft, kontrollieren Macht und artikulieren die Interessen der Bevölkerung.

Damit dies gelingt, braucht es autonome, professionelle Standards und ethischen Leitbildern verpflichteten Journalismus. Doch wurde im Zuge des Aufschwungs der kapitalistischen Industriegesellschaft die Erfüllung dieser Aufgabe zusehends mit Geschäftsmodellen gekoppelt, die mit der Bereitstellung der notwendigen Ressourcen funktionsfremde Interessen – sprich: Werbeinteressen – ins Spiel brachten. Schon bald entstanden daher Gegenmodelle wie die (mittlerweile weitgehend obsolete) Verbindung von Medien und politischen Parteien und - wesentlich nachhaltiger - öffentlichrechtliche Konstruktionen, wie sie in der Regel im Rundfunkbereich realisiert wurden.

Heute wird dieses Spektrum im Internet um Plattformen erweitert, die einerseits den traditionellen Medien neue Kommunikationsoptionen bieten, andererseits jedoch auch selbst die Selektion und Präsentation von Kommunikationsinhalten organisieren, aber nach einer zumindest teilweise anderen Logik und anderen, ungleich stärker personalisierten und individuell adressierten Formen; Formen, denen sich freilich auch die im Internet agierenden traditionellen Medien unterwerfen müssen. An die Stelle von JournalistInnen treten Algorithmen, die ausschließlich auf die Optimierung von Aufmerksamkeit, Transaktionserlösen und vor allem Datengewinnung und -verwertung zielen.

Mehr denn je sind daher Medien gefragt, die den demokratischen Grundauftrag der Herstellung von Öffentlichkeit im Sinne der Selbstbeobachtung und Selbstverständigung der Gesellschaft leisten und keinen anderen Interessen dienen: nichtkommerzielle Medien.

Ihre Bedeutung zeigt sich jedoch nicht nur angesichts des Medienwandels und seiner ökonomischen Ausformung, sondern ebenso vor dem Hintergrund eines parallelen Prozesses: des Wandels der Demokratie, der seinerseits auf einem Wandel der gesellschaftlich relevanten Wertvorstellungen beruht. Traditionelle Werte wie Familie, Religion, Anerkennung von Autoritäten, langfristiges Sicherheitsdenken verlieren seit langem an Bedeutung und so gannte "Self-expression values" werden wichtiger. Dazu gehören Gleichberechtigung, Diversität, Umweltbewusstsein, Toleranz gegenüber fremden Kulturen und höhere Eigenverantwortung. Heute sind beide Wertorientierungen nahezu gleich stark verankert - die Bevölkerung ist polarisiert zwischen materialistischen und selbstverwirklichenden Werten.

Diese Entwicklung hängt eng zusammen mit wachsenden Zweifeln an unhinterfragt geltenden Autoritäten und Weltanschauungen. Die Zweifel werden dadurch weiter genährt, dass die institutionelle Politik keine ausreichenden Antworten auf die sozialen Folgen der ökonomischen Umwälzungen hinter dem Wertewandel findet. Die "klassischen" demokratischen Vertretungsorganisationen, die politischen Parteien, verlieren an Vertrauen: In Österreich lag es dem Eurobarometer zufolge Anfang 2018 bei rund 35 Prozent. Demgegenüber sind laut Europäischer Wertestudie bis zu 45 Prozent der ÖsterreicherInnen bereit, mehr Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, während der Staat eine für alle faire Grundsicherung gewährleisten und Einkommensunterschiede ausgleichen sollte, um den BürgerInnen eine freie Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu ermöglichen.

Mit dem Wertewandel wandelt sich offenbar unser Verständnis von Demokratie. Immer mehr Menschen verstehen darunter nicht nur das "Abgeben" ihrer Stimme in der Wahlzelle, nicht bloß das Delegieren von Verantwortung an Parteien. Der immer wieder thematisierte Vertrauensverlust in die Demokratie betrifft demnach nur z. T. die Demokratie als solche, sondern viel

eher eine bestimmte Form der Demokratie. So kann von einem Rückgang der Bedeutung der repräsentativen Konzeption von Demokratie (wie sie auch in unserer Verfassung verwirklicht ist) zugunsten stärker partizipatorischen Formen gesprochen werden. Was bedeutet das für die demokratische Qualität von Journalismus?

In der repräsentativen Demokratie geht es - vereinfacht gesagt - darum, in der Wahlzelle eine rationale Entscheidung zu treffen. Das setzt voraus, dass die Öffentlichkeit über die relevanten Themen, Positionen und Argumente informiert ist - und genau in diesem Transparentmachen der Inhalte und Abläufe von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen liegt die Aufgabe des Journalismus. Dem entspricht weitgehend der öffentlich-rechtliche Programmauftrag, in dem es laut ORF-Gesetz um "Vermittlung" von Informationen an "mündige" BürgerInnen geht, die "umfassend, unabhängig, unparteilich und objektiv" sein und die "Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen" "angemessen" und "ausgewogen" berücksichtigen sollen.

In Öffentlichkeit inkludieren heißt in einem partizipatorischen Verständnis von Demokratie etwas anderes: Es heißt sich gesellschaftlich zu engagieren. Das setzt aber voraus, ein Thema zu einem persönlichen Anliegen zu machen und dieses artikulieren zu können. Aufgabe der Medien ist es daher nicht nur, Menschen geeignete Möglichkeiten anzubieten, ihre Anliegen in den öffentlichen Diskurs und in die Gestaltung sozialen Lebens einzubringen, sondern sie auch dazu zu ermutigen und zu befähigen - es geht um "Empowerment". Empowerment aber verlangt Kommunikation auf Augenhöhe, Orientierung in der eigenen Umwelt und die Fähigkeit zur Herstellung größerer Zusammenhänge. Und es verlangt den ganzen Menschen, d. h. eine Öffentlichkeit, in der Gefühle nicht verbannt, sondern integriert sind, und eine Öffentlichkeit, in der alle Bevölkerungsgruppen und zivilgesellschaftlichen Initiativen eine Stimme haben.

Auch wenn öffentlich-rechtliche und privat-kommerzielle JournalistInnen in ihrer Arbeit um "Integration, Gleichberechtigung und Verständigung" (so die entsprechenden rechtlichen Regelungen) bemüht sein und die vorwiegend regionalen kommerziellen Radiosender ihr meinungsvielfältiges Angebot an den Interessen der wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen im jeweiligen Verbreitungsgebiet ausrichten sollen, so sind es vor allem die nichtkommerziellen Medien, deren Programm jene Qualitäten aufweist, die zur Stützung partizipatorischer Demokratie notwendig sind: ein offener Zugang zur freien Äußerung von Anliegen und Meinungen; die Ermächtigung zur Teilhabe an politischen Prozessen besonders im lokalen Raum; die Förderung eines öffentlichen Diskurses, in den insbesondere auch unterrepräsentierte Gruppen oder Sprachen eingebunden sind; die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Themen, die in den Mainstream-Medien kaum vertreten sind; die Vernetzung mit und von zivilgesellschaftlichen Initiativen und nicht zuletzt die Verwirklichung eines medienkonvergenten Verständnisses, das (im Unterschied zur vorherrschenden Praxis in den sozialen Medien) persönliche Verantwortlichkeit, Transparenz und im Radio- bzw. Fernsehstudio einen realen Begegnungsort kennt und damit einen kritischen Umgang mit Medien vermittelt.

So unbestreitbar wichtig in einem repräsentativen System eine ihm gemäße Medienqualität ist, so zukunftsweisend und demokratiefördernd ist ein Verständnis, das Medienkommunikation nicht mehr unidirektional, sondern als grundsätzlich partizipatives Angebot begreift.

Maren Beaufort und Josef Seethaler arbeiten am Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, und zwar im Rahmen der Arbeitsgruppe "Media, Politics & Democracy". Sie sind österreichische Partner in mehreren internationalen Projekten wie dem "Media Pluralism Monitor" dér Europäischen Kommission, "Media Performance and Democracy" und "Worlds of Journalism". Ihre Forschungsgebiete sind politische Kommunikation, soziale Medien, Mediensystemanalyse und Medienwirkungsforschung.

# Das Konzept ist William Schreibtisch entstanden

#### AktivistInnen der ersten Stunden des nichtkommerziellen Bundfunks erinnern sich

u Wort kommen: Anu Pöyskö (Mitglied des ersten HerausgeberInnenvereins von Orange 94.0 Wien, Aufbau der Radiowerkstatt), Alexis Nshimyimana-Neuberg (Gründer und Obmann von Radio Afrika TV), Fiona Steinert (Radiopiratin und Mitbegründerin sowie erste Programmkoordinatorin von Orange 94.0), Thomas Thurner (Radiopirat und Mitbegründer von Orange 94.0, von 1997 bis 2002 zuständig für Fundraising) und **Alexander Baratsits** (Mitbegründer und erster Geschäftsführer von Radio FRO in Linz; Vorsitzender des Verbands Freier Radios Österreich von 1996–2001). Sammlung und Auswertung der Statements: Barbara Eppensteiner (von 1998 bis 2003 Programmbeirätin bei Orange 94.0, ab 2005 Gründungsintendantin des Community-Senders Okto)

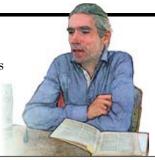
Barbara Eppensteiner: Wenn ich an die Debatten der Anfangszeit denke, dann erinnere ich mich an viele Diskussionen rund um die Frage, wie sich das selbstgewählte Mandat, dem bis dahin Unerhörten Gehör verschaffen zu wollen, umsetzen lässt. Was theoretisch relativ klar war, hat sich doch in der Praxis als herausfordernder und ziemlich komplexer Prozess voller Widersprüche herausgestellt. Wie erinnert ihr euch an diese Anfangszeit?

Alexander Barasits: Aufgabe des privaten nichtkommerziellen Rundfunks, wie er sperrig heißt, war ja immer schon, einen Ergänzungsauftrag zu den Angeboten sowohl der öffentlich-rechtlichen als auch der privatkommerziellen Anbieter wahrzunehmen. Das heißt, es ging darum, durch einen offenen Zugang unterrepräsentierten Stimmen Gehör zu verschaffen. Das war die Grundidee. Wie das zu bewerkstelligen ist, wurde aber ganz unterschiedlich gesehen. Und nicht zu vergessen: Neben den Fragen, wer daran teilhaben darf, soll oder muss, ging es auch um die rechtlichen, technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen.

Thomas Thurner: In der Gründungsphase war natürlich unendlich viel zu tun und die Fragen, wer muss dabei sein, wen wollen wir eher nicht, wurden zu Beginn recht abstrakt verhandelt. Es gab ein konzeptionelles Wir, das stark aus den Erfahrungen des Piratenradios kam und vor allem durch den Außenfeind definiert war. Dieses Wir war ein klar politisch definiertes Gegenöffentlichkeits-Wir. Das andere Wir war ein pragmatischeres, das sich auf die Gesetzeslage und das Medienrecht bezogen, aber auch versucht hat, die Breite der Communitys, die drin sein sollten, zu definieren.

Fiona Steinert: Ich glaube – und das sehe ich schon als Bruch vom PiratInnenradio hin zum Freien Radio -, dass das starke Gegenöffentlichkeits-Wir nach der Lizenzerteilung schon auch noch mit einem anderen Ansatz versehen wurde, mit einem pluralistischen nämlich, mit dem Anspruch der Repräsentation vieler verschiedener Gruppierungen: wir als viele, also quasi ein Multitude-Ansatz.

Sendeverbot! Jagd auf Radiosignale durch Hüter des Rundfunkmonopols und ein Hubschraubereinsatz. **Raffaela Gmeiner** im Gespräch mit dem Juristen und Ex-Radiopiraten **Alexander Baratsits.** 



auf Seite

Anu Pöyskö: Für mich war die Möglichkeit, aktiv Radio zu machen, ein ganz entscheidendes Tor zur Partizipation. Ich war ja damals relativ neu hier und hab das als tolle Chance gesehen, ein anderes Wien zu finden. Und ich hatte den Eindruck, dass das gut gelungen ist.

Alexis Neuberg: Wir waren ja damals schon eine Redaktion, die über den Mittelwellensender 1476 gesendet hat. Auf diesem Weg haben wir aber nicht wirklich viele Leute erreichen können. Wir waren überzeugt, dass es notwendig ist, auf UKW zu kommen, um eine relevante Reichweite zu haben, und haben bald erkannt, dass wir uns zusammentun müssen, wenn wir das schaffen wollen. Thomas (Anm.: Thurner) hat mich dann davon überzeugt, dass sich Radio Afrika an der Veranstaltergemeinschaft beteiligt, die um die Lizenz ansucht. Das haben wir dann auch gemacht. Und da haben wir auch gute Kontakte einbringen können. Heinz Fischer etwa, der auf der Uni mein Lehrer gewesen war, war damals erster Nationalratspräsident und hat die Idee von Partizipation und Communitybuilding gut verstanden. Mit seiner und Bruno Aigners (Anm.: Fischers Sekretär) Hilfe ist es gelungen, die SPÖ-Verhandler im Lizenzvergabegremium zu überzeugen, dass es gut ist, wenn Orange eine eigene Frequenz bekommt.

Baratsits: Auch mit Blick auf heute finde ich es gut, daran zu erinnern, wie klein dieses Window of Opportunities damals war. Dass uns die Durchsetzung der Lizenzen für Freie Radios so kurz vor der ersten schwarz-blauen Wende gelungen ist, war ein echter Coup.

Die Lizenzerteilung ist ja erst 1998 erfolgt, 1999 waren die Wahlen und Anfang 2000 ist die schwarz-blaue Regierung gestanden. Alle, die sich für Medien-politik interessiert oder sich im Journalismus mit Innenpolitik beschäftigt haben, konnten merken, was kommt. Es war auch kaum zu übersehen, dass der damalige dritte Nationalratspräsident und Gerade-noch-nicht-wieder-ÖVP-Klubobmann Andreas Khol bereits Gespräche mit FPÖ-Vertretern führte. Und wenn es nicht gelungen wäre, damals so viel Druck aufzubauen, hätte das auch anders ausgehen können. Unter Schwarz-Blau hätten wir garantiert keine Frequenzen gekriegt. Es wurden uns dann ja auch sehr schnell vom damaligen Kulturminister Franz Morak sämtliche Bundesmittel gestrichen.

**Eppensteiner:** Wie ging es dann konkret weiter, wie liefen die Debatten nach dem Sendestart und wo lagen die Knackpunkte?

Steinert: Der Multitude-Ansatz, also das klare Bekenntnis zum Pluralismus, war ja zuerst nur konzeptionell gedacht, aber natürlich hatte das dann auch praktische Auswirkungen. Der Gedanke war ja auch, nicht nur in den Wald hinauszurufen, sondern sich mit einem abbildenden Anspruch sehr gezielt an bestimmte Szenen zu wenden, also zu fragen: Was gibt es im kulturellen Bereich - wobei wir hier immer von einem erweiterten Kulturbegriff ausgegangen sind -, was tut sich in den Frauenorganisationen, im Jugendbereich, welche marginalisierten Gruppen können wir wie erreichen? Wir sind dann auch sehr aktiv an die Leute herangegangen.

Pöysko: Wir haben zum Beispiel etwas gemacht, das wir die *Initiative der Initiativen* genannt haben. Es ging darum, möglichst viele Akteure und Akteurinnen der Zivilgesellschaft anzusprechen. Und wir konnten die Menschen leichter erreichen, wenn wir gleich ein konkretes Angebot machen konnten, beispielsweise einen Radioworkshop. Denn wenn die Menschen sahen, dass das relativ leicht erlernbar ist, waren sie schneller bereit, sich auch tatsächlich aktiv einzubringen.

Steinert: Ich erinnere mich an die Vernetzungstreffen in der ersten Location von Orange 94.0 in der Schubertgasse, zu denen auch sehr viele Einzelpersonen gekommen sind. Da war sicher wichtig, dass wir nicht von vornherein als Gegenöffentlichkeitsmedium wahrgenommen wurden.

Thurner: Da gebe ich dir recht: Als neutraler Ansprechpunkt waren wir echt gut.

Steinert: In den Diskussionen rund um die Frage, welche Inhalte im Radio zu hören sind und was nicht geht, ist auch viel Bewusstseinsarbeit passiert. Da wurde teilweise heftig gestritten: von der Frage, wie sehr sich Musik politisch instrumentalisieren lässt, bis hin zu heftigen Debatten zur Definition von Sexismus. Und ich habe schon den Eindruck, dass diese Debatten auch Lern- und Umdenkprozesse ausgelöst haben.

Thurner: Ich sehe das aus heutiger Sicht trotzdem kritisch und fürchte, dass wir durch diesen sehr breiten Ansatz letztlich zu einer Verschwommenheit beigetragen haben, die uns



heute schadet. Wenn ich mir die aktuelle Medienlandschaft anschaue, denke ich, dass es das genaue Gegenteil bräuchte: spitze, fokussierte und stark positionierte Medien nämlich, die erkennbare Gegenstandpunkte beziehen.

Baratsits: Das war in Linz von Anfang an etwas anders. Wir haben uns immer stärker als Akteure und nicht nur als Facilitator gesehen. Uns war völlig klar, dass wir das Radio nur dann als relevant positionieren können, wenn wir über Ereignisse und Themen berichten, die uns als Herausgeber wichtig scheinen; auch wenn es keine der Communitys interessiert. Mit dem Magazin Frozine haben wir diese Möglichkeit geschaffen und konnten damit auch selbst politische Debatten anstoßen.

Neuberg: Wir hatten genug vom gängigen Einheitsbrei in der Afrikaberichterstattung, bei dem es immer nur um Hunger und Armut ging. Wir wollten sowohl ein anderes Afrikabild vermitteln, als auch deutlich machen, dass es einen gelebten Alltag von Afrikanerinnen und Afrikanern in Österreich gibt, und zwar einen, der jenseits von Asyldebatten, Armut und Kriminalität stattfindet. Dadurch, dass wir uns auf die Anbietergemeinschaft eingelassen haben, sind wir aber auch auf viel Widerstand gestoßen. Einerseits haben uns viele aus der Mehrheitsgesellschaft nicht wirklich zugetraut, dass wir das schaffen: Wir mussten ja täglich drei Stunden Sendezeit stemmen. Andererseits hat uns die eigene Community kritisiert, weil viele geglaubt haben, wir müssten

in der Kooperation unsere Selbstbestimmung aufgeben und uns unterordnen.

Baratsits: Was für uns bei FRO ganz wichtig war, war die Kooperation mit Maiz (Anm. Autonomes Zentrum von und für MigrantInnen). Deren Zugang fand ich sehr beeindruckend. Denn während damals viele antifaschistische und migrantische Initiativen eher bemüht waren, möglichst nicht aufzufallen, sind die das sehr offensiv angegangen. Sie machten unmissverständlich klar: Wir sind hier, um zu bleiben. Wir haben Rechte und die nehmen wir uns! Diese Form der Selbstermächtigung hat mir sehr gefallen.

Steinert: Ganz wichtig war natürlich die Möglichkeit, in den jeweils eigenen Sprachen zu senden. Und was für Aufruhr gesorgt hat, war die Berichterstattung rund um die Proteste gegen Schwarz-Blau im Jahr 2000. Nicht die Demoberichterstattung an sich war so aufregend, sondern die Tatsache, dass überhaupt so ausführlich darüber berichtet wurde.

Baratsits: Das ist schon spürbar, dass dort, wo es Freie Radios und Communitysender gibt, ein für die Zivilgesellschaft mobilisierender Faktor gegeben ist. Zu Beginn haben wirklich viele migrantische und Kulturinitiativen das als Ansporn zur Selbstermächtigung begriffen oder wurden im Radiosektor politisiert. Und es hat ja auch die Erkenntnis gebracht, wie man mit wenigen Mitteln viel Druck erzeugen kann. Wobei für den Druck ein gutes Programm allein nicht genügt. Um wirklich

wahrgenommen zu werden, braucht es mehr Präsenz und Sichtbarkeit.

Thurner: Da setzt auch meine Kritik an: Die Freien Radios sind nicht sichtbar genug, und das liegt meiner Meinung nach an dem zu breiten Ansatz. Und für den sind wir selbst verantwortlich, weil wir es damals so aufgesetzt haben. Ein alternatives redaktionelles Medium zu gründen, war eine Option, die im Raum gestanden ist, für die wir uns aber nicht entschieden haben.

Steinert: Ich gebe dir in der Diagnose recht, dass wir gesellschaftspolitisch klar positionierte Medien bräuchten. Und ich gebe dir auch recht in der Einschätzung, dass ein pluralistisches Medium, das sich so breit wie möglich aufstellt, diese Funktion nicht erfüllen kann. Das war auch immer ein Kritikpunkt. Ich kann aber für mich sagen, dass ich es immer noch richtig und wichtig finde, dass wir auf Mobilisierung gesetzt und uns vom Gedanken verabschiedet haben, dass zehn Leute dem Rest die Welt erklären. Für mich ist die Ankurbelung der Artikulations- und Bewusstseinsschleife immer noch ein wesentlicher Anspruch.

Eppensteiner: Vielen Dank für dieses Abschlussstatement, in dem der Widerspruch zwischen einem kritisch-redaktionellen Medium, das den Herrschenden auf die Finger schaut, und einer Plattform zur Vernetzung und Ermächtigung der Zivilgesellschaft eigentlich aufgehoben ist. Denn diese Funktion haben beide Formen.

# 20 Jahre Kärntner Freies Radio AGORA

Schon Mitte der 1980er Jahre begannen Kärntner AktivistInnen – überwiegend Mitglieder der Europäischen Kooperative Longo mai – das österreichische Rundfunkmonopol in Frage zu stellen, bis es 1993 fiel und am Nationalfeiertag 1998 Radio AGORA den Sendebetrieb aufnahm.



Kärnten, 26. Oktober 1998, 10 Uhr, FM-Frequenz 105,5 MHZ. Komisch, aus dem Lautsprecher ertönt Schnarchen. Dann piepst ein digitaler Wecker. Eine Frauenstimme im slowenischen Rosentaler Dialekt fordert den Schnarcher zum Aufwachen auf. Dieser rappelt sich langsam auf und beginnt dann eine sehr kämpferische Sonntagsrede zu verlesen. Die Frauenstimme macht ihn aufmerksam: "Du hast den falschen Zettel erwischt!" Der Redner zischt dazwischen, sie soll ihn in Ruhe

lassen, merkt dann aber doch, dass sie recht hat. Die Frauenstimme übernimmt es in der Folge, wie es Frauen oft tun, von Männern verwirrte Dinge zu ordnen, und verkündet in sachlichem Ton, dass Radio AGORA jetzt den Sendebetrieb aufgenommen hat.

Der kleine Hörsketch, den der damalige Obmann und dessen Stellvertreterin zum Radiostart aufgeführt hatten, skizzierte schon ein wenig die Richtung, in welche der junge Sender künftig gehen würde:

humorvoll, aber ernst zu nehmen, zwei- und mehrsprachig, gendermäßig ausgewogen. Zudem offen, kritisch, manchmal frech, kreativ und vielseitig.

Auch wenn der Sendebetrieb 1998 aufgenommen wurde - die Geschichte von Radio AGORA reicht weiter zurück. Bereits einige Jahre davor begann ein Kreis von RadiopionierInnen, dabei maßgeblich Mitglieder der Europäischen Kooperative Longo mai, die sich Mitte

der 1980er Jahre in Lobnig/Lobnik bei Bad Eisenkappel/Železna kapla auf einem verfallenden Bauernhof niedergelassen hatten, das österreichische Rundfunkmonopol in Frage zu stellen. Fast ein wenig wie einige Jahrzehnte davor die Kärntner PartisanInnen waren AktivistInnen mit ihren Rucksäcken in den Karawanken unterwegs. Nur waren diesmal glücklicherweise nicht Gewehre und das Nötigste zum Überleben dabei, sondern Antennen und kleine Sendeanlagen. Die Verfolger, also die Post als damals zuständige Überwachungsbehörde für die Einhaltung des Rundfunkmonopolos, waren ihrerseits mit Peilwägen und -geräten "bewaffnet".

Auch die Kärntner Radiopartisan-Innen waren am Ende siegreich, 1993 fiel nach erfolgreicher Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte das österreichische Rundfunkmonopol. Auch hierzulande hielt im Äther die europäische Normalität Einzug. 1995 wurden die ersten privaten Radiolizenzen erteilt, allerdings noch ohne Freie Radios. Diese erhielten ihre Lizenzen erst ab 1998 nach einer auch auf regionale Radios ausgeweiteten Novelle des Privatradiogesetzes. So "erwachte" Radio AGORA also am Nationalfeiertag des Jahres 1998 mit seinem bunten Programm in beiden Landessprachen, aber auch mit Sendungen z. B. in Bosnisch/Kroatisch/Serbisch oder Spanisch. Musik aus allen Richtungen, insbesondere viel gute Weltmusik, und vielfältige Beiträge aus der Region, Österreich sowie über internationale Themen kennzeichnen bis heute das Programm. Sendungen und MitarbeiterInnen errangen manchen Radiopreis, manche freie RadiomacherInnen produzieren seit 20 Jahren regelmäßig ihre Beiträge.

Auch Freie Radios können natürlich nicht nur vom Engagement ihrer mehrheitlich ehrenamtlichen freien RadiomacherInnen, AktivistInnen, Mitglieder und MitarbeiterInnen leben. Technische Geräte, Miete und Energiekosten sowie ein Mindeststock an fixen MitarbeiterInnen müssen bezahlt werden. Radio AGORA als im Kern zweisprachiges Kärntner Freies Radio finanzierte sich neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden vor allem über öffentliche Subventionen. Diese waren zwar bescheiden und zwangen das Radio schon immer zu einer äußerst sparsamen Gebarung, aber zum Sendestart waren sie unter der Regierung des damaligen Bundeskanzlers Viktor Klima immerhin unumstritten. Klima nahm sich trotz erster EU-Ratspräsidentschaft Österreichs und kurz vor seinem Aufbruch zum EU-Gipfel in Pörtschach im Bundeskanzleramt sogar Zeit für ein ausführliches informatives Gespräch mit VertreterInnen von Radio AGORA und wünschte alles Gute. Als aber dann im Februar 2000 die erste schwarzblaue Regierung ihr Amt antrat und Jörg Haider von Klagenfurt aus den Ton angab, wurden die bisherigen Subventionen sofort gestrichen.

Es folgte eine finanziell äußerst prekäre Zeit. Wesentliche Verdienste für das Überleben des Radios erwarb sich der Verleger Lojze Wieser, der in dieser Zeit die Obmannfunktion übernahm und mit seinen ausgezeichneten Kontakten in der Kultur- und Medienszene manches bewirken konnte. Nach intensiven Verhandlungen konnte ein Übereinkommen mit dem ORF erzielt werden, welches bis heute eine wichtige finanzielle Grundlage für das freie Radioprogramm von AGORA bildet: Der ORF benützt für acht Stunden am Tag die Frequenz von Radio AGORA für die Ausstrahlung seines slowenischsprachigen Radioprogramms in Kärnten und bezahlt dafür ein Entgelt, mit welchem AGORA einen Teil seiner laufenden Kosten bestreitet. Durch diese Kooperation wurde es vor einigen Jahren möglich, den Empfang auch auf Teile der Südsteiermark (Soboth/Sobota 2012, Leutschach/Lučane 2013 und Bad Radkersburg/Radgona 2015) auszuweiten und so den dort lebenden SlowenInnen um regionale Inhalte

erweiterte slowenische ORF- und AGORA- Sendungen zu präsentieren.

Der ORF dominiert heute den Äther nach wie vor und wir sind in einer Situation, in der öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen gegen die Zugriffsversuche des rechten Extremismus und Populismus sowie mancher kommerzieller Krawallmedien verteidigt werden müssen. Aber die Privatradios und Fernsehsender haben inzwischen in der österreichischen Medienlandschaft ihren festen Platz und unter ihnen gibt es neben den kommerziellen auch zahlreiche nichtkommerzielle. Davon sind vierzehn, wie Radio AGORA, Freie Radios, die miteinander kooperieren. Sie sind in den sozialen Medien und mit Livestreams vertreten, man kann sie im Internet auch nachhören. Als gemeinnützige, nicht auf Gewinn ausgerichtete Sender folgen sie mit ihren bunten Programmen nicht dem Mainstream, sondern bieten Initiativen, Minderheiten, NGOs und Vereinen, also einer vielfältigen Zivilgesellschaft, die sonst in der öffentlichen Wahrnehmung oft zu kurz kommt, eine Plattform.

In einer Zeit, in der der Rechtsextremismus und -populismus mit Hilfe ihrer Krawallmedien eine noch nie dagewesene Demontage des Sozialstaates und die Verabschiedung von Menschen- und Freiheitsrechten vorantreiben, somit an den Grundfesten Europas sägen und durch eine brutale Feindseligkeit gegenüber MigrantInnen die Gesellschaft spalten, ist es besonders wichtig, wachsam zu sein und dort die Stimme zu erheben, wo schon versucht wird, sich einer kritischen Öffentlichkeit und eines unabhängigen Journalismus zu entledigen.

Die Freien Radios sind dabei eine wichtige Stimme, die es zu unterstützen und zu verteidigen gilt.

Kristijan Schellander war ab Sendestart 1998 bis 2000 erster Obmann von Radio AGORA.

## "Es war eine bedrohliche Situation, völlig unverhältnismäßig, völlig absurd"

Devor 1998 die ersten Freien Radios in Österreich on air gehen konnten, mussten zahlreiche juristische Hürden überwunden werden. Ex-Radiopirat, Jurist und Aktivist Alexander Baratsits setzte sich schon Anfang der 1990er Jahre für die Rundfunkliberalisierung in Österreich ein und war später Geschäftsführer von Radio FRO (OÖ). Raffaela Gmeiner sprach mit Baratsits über das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Ende des Rundfunkmonopols sowie die Gefahren der Radiopiraterie.



Alexander Baratsits war schon in seiner Schulzeit an Freien Radios interessiert und erinnert sich an einen Artikel über Piratenradios, den er für ein Musikfanzine verfasste. In weiterer Folge – während seines Jusstudiums – setzte er sich für die Zulassung Freier Radios ein. Konkret ging es damals um die Änderung von Gesetzespassagen und die Sicherstellung von Finanzierungen. Das juristische Hintergrundwissen, das er in der Zwischenzeit erwor-

ben hatte, war in der Auseinandersetzung über das Recht auf freie Meinungsäußerung sehr hilfreich, wie er im Gespräch betont. Zwischen 1997 und 2002 war Baratsits Geschäftsführer bei Radio FRO in Linz und von 1996 bis 2001 Vorsitzender des Verbands Freier Radios Österreich.

Herr Baratsits, wie stand es Anfang der 1990er Jahre ums Freie Radio in Österreich?

Damals brauchte es vor allem eine Auseinandersetzung über die Meinungsäußerungsfreiheit und das Rundfunkmonopol. Es gab ja nur den ORF, weder private noch freie Radios waren erlaubt. In Deutschland, Frankreich und vielen anderen Ländern hatte die Rundfunkliberalisierung schon längst stattgefunden. Um den Diskurs in nationale und internationale Medien zu bekommen, starteten wir Aktionen. Manche Leute hielten damals sogar Plakate und

Transparente bei Wetterkameras ins Bild, um an die Öffentlichkeit zu gelangen. Das sieht man auch im aktuellen Kinofilm Waldheims Walzer ganz gut. Das war eine Zeit, in der die veröffentlichte Meinung noch von sehr wenigen Menschen gesteuert wurde. Diese Situation kann man sich heute nur schwer vorstellen. Da hätte man genauso Flugblätter verteilen können.

#### Wie gefährlich war es, "illegal" Radiosendungen auszustrahlen?

Unterschiedlich. Zuständig dafür war die Fernmeldebehörde, und das war in jedem Bundesland eine andere. In Wien war die Situation relativ lange locker, man konnte sogar von der Technischen Universität aus senden. Die Funküberwachung ist aber immer wieder gekommen und hat sich Geräte mitgenommen. Für die Kolleginnen und Kollegen in Graz und in Salzburg war die Situation eine andere: In Salzburg sind Beamte tatsächlich einmal mit dem Hubschrauber ausgerückt. In Graz haben sie die Verfolgung schon fast zu ihrem Sport erhoben, wie unlängst ein ehemaliger Mitarbeiter der Funküberwachung bei einer Podiumsdiskussion erzählte. Sie haben es wirklich drauf angelegt, dich zu erwischen. Es gab auch Strafverfahren. Es war eine bedrohliche Situation, völlig unverhältnismäßig, völlig absurd. Also wenn man sich vorstellt, dass das Rundfunkmonopol laut Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte ein Verstoß gegen die Meinungsfreiheit war... also völlig absurd!

Wer wollte da eigentlich kontrollieren? Gab es Ängste, dass das Freie Radio "falsche" Meinungen in Umlauf bringen könnte?

Es gab ein Gesetz, nach dem es verboten war, einen Sender in Betrieb zu nehmen. Den Beamten ist es gar nicht um Inhalte gegangen, sondern in erster Linie um das Sendeverbot. Sie haben immer wieder Messungen gemacht und geprüft, ob es Signale gibt bzw. ob jemand unangemeldet sendet.

#### Und seitens der Politik?

Klar, ich glaube schon, dass man die historischen Erfahrungen berücksichtigen sollte: Es gab ja etwa die Erfahrung mit dem Volksempfänger als Instrument der NS-Propaganda. Es brauchte ernstzunehmende Aufträge für die Rundfunkmonopole: Meinungs- und Themenvielfalt, Diskursfähigkeit und natürlich ein gewisses Niveau.

Ich erinnere mich aber auch, dass die SPÖ am stärksten für die Aufrechterhaltung des Rundfunkmonopols war - logisch, da die Bundesländerzeitungen mehr oder weniger ÖVP-nahe waren und die SPÖ hier nichts gewinnen konnte. Es brauchte im ORF also eine gewisse Ausgewogenheit und keine Kampagnisierung, wie dies bei der Kronenzeitung zu beobachten war.

#### Was geschah zu dieser Zeit auf juristischer Ebene?

Aufgrund des Rundfunkmonopols und der Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung war eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte notwendig. Angefangen damit hat Lentia 2000, eine kleine Gruppe, die in Linz im Wohnhaus Kabelfernsehen machen wollte. Später kamen auch AGO-RA aus Kärnten - unterstützt von der Föderation europäischer Freier Radios - und auch die FPÖ hinzu. Es brauchte drei Anläufe, bis der EuGHMR das Monopol für rechtswidrig erklärte. Die ersten beiden Klagen waren meines Wissens nicht gegen Österreich, sondern gegen Rundfunkmonopole in anderen Ländern. Jedenfalls rechtfertigte sich die Republik Österreich zunächst damit, dass technisch nur eine begrenzte Anzahl an Frequenzen vorhanden sei. Nachdem aber dieses Argument nicht mehr haltbar war, wie die Beispiele in anderen Ländern zeigten, wollte sich die Republik so rechtfertigen, dass "die Garantie der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, der Meinungsvielfalt, Ausgewogenheit der Programme und Unabhängigkeit

der für die Programme verantwortlichen Personen und Einrichtungen" nur durch das ORF-Monopol gewährleistet werden könne. Dies sei als rundfunkgeregelte Zielsetzung im Bundesverfassungsgesetz verankert.

#### Das hört sich doch nach einem Widerspruch an.

Ja, diese Position ist absurd! Durch die Einschränkung der Vielfalt - indem ich mir alles durchschaue und sichergestellt habe, dass nichts "Böses" drinsteht – könne ich am besten gewährleisten, dass ich eine ausgewogene Meinungsvielfalt habe und dass keine Unwahrheiten verbreitet werden. 1993 erfolgte das Urteil des EuGHMR, mit dem das Rundfunkmonopol aufgehoben wurde. Das Regionalradiogesetz ist dann 1993 in Geltung getreten, 1995 sind die ersten Lizenzen vergeben worden. Diese sind dann beim Verfassungsgerichtshof beeinsprucht worden. Das Gesetz musste saniert werden, es gab eine neue Lizenzierungswelle und 1997 wurden die Lizenzen zugesprochen. Ein Jahr später, 1998, konnten wir dann endlich auf Sendung gehen. Im Sommer waren Radio Orange in Wien und FRO in Linz sowie im Herbst die Radiofabrik in Salzburg und AGORA in Kärnten die Ersten, die offiziell sendeten.

#### Wieso habt ihr beim Regionalradiogesetz und den ersten Lizenzvergaben 1996 Einspruch erhoben?

Anfangs wurde für jedes Bundesland nur eine Lizenz vergeben eine Regionallizenz –, die anderen Frequenzen sollten später als Lokalradiofrequenzen vergeben werden. Dagegen wurden Beschwerden beim Verfassungsgerichtshof erhoben. Das konnte doch nicht wahr sein! Es gab überhaupt keine Notwendigkeit dafür, dass die anderen Frequenzen nicht zeitgleich ausgeschrieben wurden. Also in Wahrheit wollte die Regierung manchen Sendern ein bis zwei Jahre Startvorsprung geben, um sich besser etablieren zu können. Andere Sender hätten dadurch aber einen totalen



Es ist wieder Donnerstag! Wie auch im Jahr 2000 wird seit dem 4. Oktober wöchentlich gegen die schwarz-blaue Regierung demonstriert. Eine Radio-Stimme-Nachlese von Julia Schönherr.



Wettbewerbsnachteil gehabt. Und für uns stellte sich die Frage, ob wir überhaupt zu Frequenzen kommen würden. Das war gar nicht gesagt. Deshalb haben wir Bescheidbeschwerden erhoben.

#### Wart ihr zu guter Letzt mit dem juristischen Outcome zufrieden?

Unser Ziel wäre natürlich ein triales Rundfunksystem gewesen: öffentlich-rechtlicher Rundfunk, privat-kommerzieller und privatnichtkommerzieller. So eine Differenzierung zwischen kommerziell und nichtkommerziell macht das Gesetz nicht. Aber es ist gelungen, zumindest die Lizenzen und den nichtkommerziellen Rundfunkfonds durchzusetzen, der die Finanzierung eines offenen Zugangs durch die Freien nichtkommerziellen Radios gewährleistet. Dieser ist zwar geringer dotiert als die Förderung der kommerziellen Radios, aber im europäischen Vergleich auf jeden Fall eine Errungenschaft.

In Anbetracht des Web 2.0 und der zahlreichen Kommunikationsmöglichkeiten ist es heute fast unvorstellbar, dass die Rundfunkliberalisierung so lange auf sich warten ließ. Welche Probleme der freien Meinungsäußerung sehen Sie heute?

Zurzeit laufen Diskussionen zur Einführung von Upload-Filtern, mit denen die Kommunikation im Web kontrolliert werden soll. Derzeit gibt es auf EU-Ebene zwei Gesetzesvorhaben, einerseits in der Terrorismusbekämpfung und andererseits zur Urheberrechtsreform. Zum Urheberrecht ist im EU-Parlament im September ein Entwurf beschlossen worden, der eine verpflichtende Einführung von Upload-Filtern für Intermediäre wie YouTube oder Facebook vorsieht. Dadurch soll sichergestellt werden, dass keine urheberrechtswidrigen Inhalte hochgeladen werden können. Das Ganze wird nun zwischen EU-Kommission. Rat der EU und EU-Parlament diskutiert. Das Problem daran ist, dass schon jetzt mit dem von YouTube verwendeten System ein Overblocking stattfindet, soll heißen, dass Inhalte nicht hochgeladen werden können, obwohl sie keine Rechtsverstöße darstellen, weil etwa eine freie Werknutzung wie das Zitatrecht wahrgenommen wird, die technisch nicht erkannt werden kann.

Es gibt aber derzeit und wohl auch zukünftig keine Möglichkeit, sich als User\_in gegen den Upload-Filter zu wehren. Beispiel: Stefanie Sargnagel wird im Netz beflegelt und als Folge wird ihr Account - ihr wichtigster Kanal zu ihrem Auditorium - von Facebook ohne Prüfung der eingegangenen Meldungen gesperrt. Sie hat kein rechtliches Instrumentarium, um sich dagegen zu wehren. Das ist quasi eine Monopolstellung, die Facebook hier hat. Mit den Upload-Filtern wird nun eine globale Zensurinfrastruktur legitimiert, die auch für andere Interessen genutzt werden kann, wie man etwa in Ägypten oder der Türkei gesehen hat.

Und wo sehen Sie das Potential Freier Radios heute?

Community-Medien sind Plattformen für viele, zum Teil sehr unterschiedliche Communitys, sprachlich, kulturell et cetera. Sie können eine Klammerfunktion herstellen und Diskurse zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen ermöglichen. Somit ist nicht jeder in seiner eigenen Informationsblase gefangen.

Es ist ja nicht mehr so, dass sich alle abends die Zeit im Bild 1 anschauen und somit die halbe Nation dasselbe sieht. Es gibt kaum mehr gemeinsame Plattformen. Die Informationsverteilung im Web ist algorithmisch organisiert. Es ist überhaupt nicht mehr nachvollziehbar, wer wo was sieht. Wie bei der Konferenz zur Medienentwicklung #mediana18 postuliert, braucht es public open spaces, also Räume, die früher die Öffentlich-Rechtlichen im Rundfunk bereitstellten, jetzt aber mit dem Medienwandel im digitalen Raum notwendig sind. Ich glaube, dass die Freien Radios in vielen Einzel-Communitys verankert sind und sich gute Vertrauensverhältnisse aufbauen können. Vertrauen ist notwendig, damit Gespräch und Verbindung stattfinden können. Die Freien Radios können hier neben den Öffentlich-Rechtlichen einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich zu digitalen Plattformen entwickeln.

Raffaela Gmeiner ist Doktorandin an der Musikuniversität Wien und als freie Autorin und Musikerin tätig. Sie studierte Publizistikund Kommunikationswissenschaften sowie Musikwissenschaften.



# Jetzt machen alle Podcasts. Wir machen das schon seit 20 Jahren"

Anlässlich des 20. Geburtstags von Radio Stimme, der Sendung der Initiative Minderheiten, bat Cornelia Kogoj die RadiomacherInnen Alexandra Siebenhofer, Katharina Bacher, Alexander Pollak und Gerd Valchars zu einem Gespräch.

Gerd, du warst von Anfang an bei Radio Stimme mit dabei. Wie war die Situation damals? Gab es eine Art Aufbruchstimmung, da es nun möglich war, dass jede/r Radio machen konnte?

Gerd Valchars: Ich glaube, wir haben das damals nicht als eine Aufbruchstimmung erlebt. Wir waren ja alle auch sehr jung, so um die 18, 19, 20 Jahre. Wir haben nicht seit Jahren auf ein Freies Radio gewartet und gedacht, jetzt ist es endlich so

weit. Wir haben erfahren, dass die Initiative Minderheiten eine Sendung in einem Freien Radio, das es mal geben wird, aufbauen möchte, und uns gedacht, aha, was ist das überhaupt, ein Freies Radio? Das klingt interessant, da machen wir mit. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich mich, als ich das erste Mal in das Studio von Orange 94,0 gekommen bin – das war damals noch in der Schubertgasse im 9. Bezirk –, gewundert habe, dass es hier nicht wie in einem Radiostudio

aussieht. Am Anfang waren da zwei Minidisc-Player, ein kleines Mischpult und zwei CD-Player. Der Zugang für RadiomacherInnen war also sehr niederschwellig.

Welchen Qualitätsanspruch habt ihr damals gehabt? Und wie hat sich dieser entwickelt?

Alexander Pollak: Wir haben uns immer an Ö1 gemessen. Und waren dann sehr froh, wenn wir eine Ö1-Sendung gehört haben, in der



Fehler passiert sind. Da haben wir gewusst, aha, auch denen passieren Fehler. Aber ansonsten war es das Wichtigste, Sendungen zu machen, die für uns interessant sind. Ich bin 2003 zu Radio Stimme gekommen und das Faszinierende am Radio machen war für mich, dass wir selber Sendungen gestalten konnten, dass wir selbst Fragen gestellt haben, die uns interessierten, dass wir alternative Perspektiven auf Themen werfen konnten und dass wir auch jene Veranstaltungen hervorheben konnten, die wir cool fanden. Das hat die Faszination ausgemacht.

Stichwort "eigene Themen": Welche Themen waren es, die euch interessiert haben und haben sich diese im Laufe der Zeit verändert?

Alexandra Siebenhofer: Ich glaube, es war immer ganz stark von den Persönlichkeiten und Interessen der RadiomacherInnen abhängig. Jede/r hat halt seine/ihre Themen und Schwerpunkte mit reingebracht ...

Valchars: ... oder hat auch erst seine Schwerpunkte entwickelt. Es ist immerhin zwanzig Jahre her und manche waren über einen längeren Zeitraum dabei. Die Themen sind - grob gesagt - zwar dieselben geblieben, aber wie man an ein Thema

herangeht, was man als interessante Fragestellung empfindet, das verändert sich natürlich. Also, bei mir war es so, dass ich am Anfang des Studiums zum Radio gekommen bin und wenig Ahnung hatte von den großen Themen wie "Minderheiten, Mehrheiten und Machtverhältnissen", wie wir Radio Stimme im Untertitel genannt haben. Und natürlich haben wir uns auch durch das Engagement bei Radio Stimme weiterentwickelt.

Siebenhofer: Wobei ich sagen muss, dass wir schon ein gutes Händchen für Themen hatten. Etwa das Thema "Gay Cops", darüber haben wir schon sehr früh auf Radio Stimme berichtet. Oder das Thema "Frauenfußball". Oder auch die Debatten rund um das Thema Barrierefreiheit. Diese Themen sind dann so langsam in den Mainstream eingesickert.

Kann man sagen, dass Freie Radios eine Vorreiterrolle für bestimmte Themen haben, die dann später auch von anderen Medien übernommen werden?

Pollak: Wir haben immer wieder geglaubt, dass wir es sind, die die wichtigen Themen aufgreifen, und der Mainstream diese dann von uns übernimmt. Außerdem haben wir uns immer auch als abseits des Mainstreams definiert. Also, es war für uns auch vollkommen in Ordnung, über Themen zu berichten, die sonst keine Beachtung finden. Für die hatten wir immer Platz.

Katharina Bacher: Ja und vor allem viel mehr Platz als in den Mainstreammedien. Unsere Beiträge, die themengebend für die Sendung waren und sind, dauern oft 20 bis 30 Minuten.

Siebenhofer: Was mir immer getaugt hat, war die Möglichkeit des Experimentierens. Wir haben schon auch viel mit Formen experimentiert. Das ist in anderen Medien nicht so leicht möglich.

Katharina, wie geht ihr heute mit der Möglichkeit des Ausprobierens und des Experimentierens um?

Bacher: Natürlich möchten wir die Freiräume, die das Freie Radio bietet, so gut wie möglich nützen und tun das auch - zum Beispiel hat Radio-Stimme-Redakteurin Petra Permesser letzten Dezember ein fiktives Interview mit dem Kollektivvertrag zum 12-Stunden-Tag geführt. Der Blick ins Archiv oder in Richtung anderer freier Redaktionen ist aber immer ein Ansporn,



in der Beitragsgestaltung noch ein bisschen kreativer zu werden.

Pollak: Was bei Radio Stimme immer noch toll ist - ich habe mir jetzt wieder mal Archivbeiträge angeschaut -, sind die Sendungstitel. Sie sind extrem kreativ und witzig. Allein sich nur die Sendungstitel anzuschauen, da kommt man ins Schmunzeln. Man denkt sich, hey, da war was los!

Valchars: Die Vermutung lag aber immer auch nahe, dass nur wir diese Titel verstehen.

Gut, ganz so war es ja nicht. Ihr wart doch einige Male für den Radiopreis der Erwachsenenbildung<sup>[1]</sup> nominiert bzw. ihr habt auch einige Preise bekommen. War das eine Anerkennung für eure Arbeit?

Pollak: Klar freut man sich über diese Anerkennung. Und es war auch lustig, die Gelegenheit zu haben, vor einem Publikum im Radiokulturhaus zu sprechen, das anfangs nicht an alternative Medien gewöhnt war.

Valchars: Über die Jahre hat sich das aber geändert. So sind in den letzten Jahren immer mehr Beiträge, die auf Freien Radios gelaufen sind, nominiert und auch ausgezeichnet worden. In ganz unterschiedlichen Kategorien. Am Anfang waren wir ja eher in der Kategorie "Experimentelles" nominiert.

Stichwort "über die Jahre": Als ihr angefangen habt, Radio zu machen, war die Mediensituation eine völlig andere. Es gab nur den ORF. Später sind dann die kommerziellen und Freien Radios dazugekommen. Und dann das Internet. Wenn man heute eine Öffentlichkeit erreichen will, macht man das über Facebook, Twitter oder Instagram. Seht ihr Social Media als eine Konkurrenz für die Radios?

Bacher: Was auf Social Media passiert, ist in der Regel Ergebnis Siebenhofer: Und natürlich ist bei YouTube oder anderen Social-Media-Kanälen der Live-Charakter nicht so stark. Also, ich bin jetzt im Studio, ich mache jetzt eine Sendung und die wird jetzt im dem Moment ausgestrahlt. Das finde ich schon einzigartig.

Valchars: Das Internet ist keine Konkurrenz, sondern eher unterstützend, weil alle Sendungen von Radio Stimme im Online-Archiv im Nachhinein on demand nachzuhören sind. Das ist wichtig! Am Anfang hatte man nur die Möglichkeit, diese on air zu hören oder gar nicht.

von Einzelnen. Es gibt meist keine redaktionellen Diskussionen oder ein gemeinsames Erarbeiten von Themen über einen längeren Zeitraum. Die Arbeit in einer Redaktion folgt anderen Mechanismen und hat auch einen anderen Anspruch. Du bringst ein Thema ein und bekommst Feedback von deinen RedaktionskollegInnen und man kann dann nachschärfen. Der kollaborative Gedanke ist hier viel stärker.

<sup>&</sup>lt;sup>111</sup> Radio Stimme ist heuer in der Kategorie Bildung/Wissenschaft mit dem Beitrag "Mir lebn ejbig" von Julia Hofbauer für den Radiopreis der Erwachsenenbildung nominiert. Die PreisträgerInnen werden bei der Überreichungsfeier am 23. Jänner 2019 um 18.30 Uhr im Radiokulturhaus bekannt gegeben.

Jetzt haben wir ein Online-Archiv mit 400 Sendungen, die über Facebook und Twitter beworben werden können.

Seit einiger Zeit sind sogenannte Podcasts populär. Meist führen BloggerInnen Interviews zu bestimmten Themen und stellen diese dann auf ihre Blogs. Audio ist also wieder sehr beliebt. Was sagt ihr dazu?

Pollak: Es bringt ein bisschen Ruhe in eine hektische Zeit. Man muss sich halt die Zeit nehmen, um sich so einen Podcast anzuhören. Es ist manchmal ganz angenehm. Man kann etwas nebenbei tun und einfach nur zuhören, ohne die Augen anzustrengen.

Und glaubt ihr, dass eure HörerInnen Radio Stimme auch auf diese Weise nutzen, wie es Alexander eben beschrieben hat?

Bacher: Im Prinzip stellen wir die Sendungen so zur Verfügung, dass diese auch downloadbar und in diversen Podcatchern anzuhören sind. Und wir freuen uns natürlich, wenn die Sendungen auch so genutzt werden.

Valchars: Die Statistiken zeigen ja auch, dass Sendungen von uns oft heruntergeladen werden. Jetzt machen halt alle Podcasts. Und wir machen das schon seit 20 Jahren!

Siebenhofer: Und wir selbst haben das ja auch so genutzt. Es war in der Regel nicht so, dass sich die gesamte Redaktion am Dienstagabend vor den Radiogeräten versammelt hat.

Valchars: Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist der Austausch zwischen den Radiostationen. So können auch Sender, bei denen wir keinen fixen Sendeplatz haben, unser Programm übernehmen und wir andere Sendungen oder einzelne Beiträge.

Zum Abschluss unseres Gesprächs die klassische Frage: Wie schätzt ihr die Zukunft von Radio Stimme und der Freien Radios ein?

Pollak: Radio Stimme war und ist immer auch ein guter Ort, um Leute kennenzulernen und Beziehungen zu knüpfen. Es hatte auch immer etwas Gruppendynamisches. Und ich glaube, davon leben teilweise die Freien Radios. Weiters finde ich es immer noch sehr wichtig, dass es so etwas wie ein kritisches Abseits des Mainstreams gibt. Wir haben jetzt ja auch andere Abseits-des-Mainstreams-Medien, die heutigen Hassmedien, die sich auch als Gegenmedien definieren, aber natürlich eine ganz andere Intention haben.

Bacher: Ich glaube auch, dass ein BürgerInnenradio mit einem demokratischen Anspruch sehr wichtig ist. Da kann man der eigenen gefühlten Ohnmacht etwas Aktives entgegensetzen.

Siebenhofer: Und es macht einen Unterschied, ob man Medien nur als ZuseherInnen oder als ZuhörerInnen konsumiert oder ob man auch Programme aktiv gestalten kann. Dann fällt einem so viel mehr auf. Man bekommt mit, welche Entscheidungen notwendig waren, um Sendungen zu gestalten: Wie nehme ich eine Person auf, welche Hintergrundgeräusche sind zu hören, wie spreche ich über diese Situation, wie steige ich ein? Und natürlich beim Fernsehen die Frage, welche Bilder verwende ich? Aber auch beim Radio, mit welchen Bildern spreche ich? Da stehen immer Überlegungen dahinter. Und wenn man mal diese Entscheidungen selbst getroffen hat, dann nimmt man als ZuhörerIn Medieninhalte ganz anders wahr.

Valchars: Und auch: Wie gehe ich mit Gesprächs- und InterviewpartnerInnen um? Wie binde ich sie ein, wie lasse ich sie reden? Also deshalb hoffe ich - weil du die Zukunft angesprochen hast –, dass es sowohl Radio Stimme als auch Orange 94,0 und die anderen Freien Radios noch lange geben wird. Nicht nur, um Öffentlichkeit herzustellen, sondern auch, um einem Bildungsauftrag nachzukommen, selbst Radio ausprobieren zu können und damit zu verstehen, wie Medien funktionieren. Und auch, um zu verstehen, was es heißt, eine Stimme zu haben oder keine zu haben.

Siebenhofer: Ich bin als ORF-Redakteurin oft damit konfrontiert, dass sich ZuhörerInnen oder ZuseherInnen darüber ärgern, dass ein Beitrag so und nicht anders ist. Ich glaube schon, dass diese Kritik oft aus einem Ohnmachtsgefühl herrührt und dass es anders wäre, wenn die HörerInnen sagen würden: Ich ärgere mich zwar über diesen Beitrag, aber ich verstehe auch, wie der zustande gekommen ist, und könnte es anders machen. Das Wissen, wie Radiosendungen produziert werden, kann sehr viel zu einer kritischen Medienöffentlichkeit beitragen und ich glaube, dass das Freie Radio mehr ist als nur eine Spielwiese für Leute, die sich für Medien interessieren. Freie Radios erfüllen schon einen wichtigen Bildungsauftrag.



Alexander Pollak ist Sprecher von SOS Mitmensch und war von 2003 his 2013 hei Radio Stimme.

Gerd Valchars ist Politikwissenschafter und seit 1998 Redakteur bei Radio Stimme.

Katharina Bacher ist Lektorin bei einem juristischen Fachverlag und seit 2015 Redakteurin bei Radio Stimme.

Alexandra Siebenhofer ist Redakteurin beim ORF und war von 2007 bis 2013 bei Radio Stimme.

Radio Stimme ist zu unterschiedlichen fixen Sendezeiten auf freien und nichtkommerziellen Radiosendern zu hören. Den Beginn macht jeweils Wien, hier wird jeden ersten und dritten Dienstag im Monat um 20 Uhr live auf Orange 94.0 gesendet. Jederzeit nachgehört werden können die Sendungen unter www.radiostimme.at

# **Public** Broadcasting mit anderen Mitteln

Amo la radio perché arriva dalla gente entra nelle case e ci parla direttamente se una radio è libera, ma libera veramente piace ancor di più perché libera la mente

Eugenio Finardi, 1976



Ich lieb' das Radio, denn es kommt von den Menschen, Kommt herein ins Haus und spricht uns direkt an, Ist ein Radio freies Radio, wirklich freies Radio Gefällt es gleich noch mehr, es befreit dann auch die Seele

Eugenio Finardi, 1976

Wenn von "Freiem Radio" die Rede ist, dann könnte man sich immer wieder Eugenio Finardis Hit aus den 1970er Jahren anhören - Italien war damals voll von linken, anarchischen Piratenradios, die sich nicht um staatliche Sendemonopole kümmerten, sondern gegen die verkrustete, unter konservativer Herrschaft stehende italienische Politik ankämpften. Die Arbeiterpartei, die sich von Moskau gelöst habende PCI, war ihnen zu bürgerlich, die "Indiani Metropolitani" - die Stadtindianer - hatten Losungen wie "Befreit die Tiere im Zoo!" und mittendrin waren die italienischen Cantautori - Finardi war einer von ihnen, ein anderer der in diesem Sommer verstorbene Claudio Lolli, der viel mit "Radio Alice" in Bologna zusammengearbeitet hatte. "Denen eine Stimme geben, die keine haben" war das Motto des Senders. doch schon bald konnte man diese Stimme nicht mehr hören, weil die Carabinieri 1977 – gut ein Jahr nach der Eröffnung des Sendebetriebs den Sender stürmten und schlossen. Bologna erlebte, nachdem ein linker Demonstrant erschossen worden war,

Tage heftiger Auseinandersetzungen zwischen Staatsmacht und außerparlamentarischer Opposition.

Schon davor waren die Initiativen für Freie Radios wichtige Wegbereiter zur Liberalisierung der italienischen Rundfunklandschaft. Allerdings hatten nicht nur die Freien Radios Geldsorgen, auch die kommerziellen hatten Schwierigkeiten und schlossen sich zusammen, besonders im Bereich des Fernsehens, wo selbst das italienische Kapital erkennen musste, dass elektronische Medien anders funktionieren als landwirtschaftliche Konzerne oder auch Verlagshäuser – am Ende hatte Silvio Berlusconi seinen alles dominierenden Medienkonzern. Freie Radios aber wurden bloß zu einer Randnotiz in der italienischen Mediengeschichte.

#### Kommunikation vs. Propaganda

"Ein Mann, der was zu sagen hat und keine Zuhörer findet, ist schlimm dran. Noch schlimmer sind Zuhörer dran, die keinen finden, der ihnen was zu sagen hat." Dieses Zitat von

Bert Brecht, der 1932 in einer Rede seine Rundfunktheorie skizzierte ("Der Rundfunk ist von einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln"), könnte das Motto für alle sein, die Freie Radios für notwendig halten, und Brechts Radiotheorie könnte als durch Social Media verwirklicht angesehen werden. Allerdings darf an bleibenden Erfolgen für die Demokratie gezweifelt werden - sollte Karl Kraus' Spott "Großes Heil ist in die Welt erflossen - der Hausmeister an den Kosmos angeschlossen" mindestens genauso realistisch sein wie Brechts Hoffnungen?

Kurz nach Brechts Rede über das Radio wurde Hitler Kanzler des Deutschen Reichs, kurz nach der Gründung von Radio Alice kamen in Italien die "anni di piombo" die Jahre des Bleis - und danach Berlusconi an die Macht: Social Media bringen nicht nur eine riesige Diversität an Möglichkeiten und Nachrichten, sondern auch Wahlerfolge von Donald Trump, der FPÖ, der AfD usw.

#### Fortsetzung des öffentlichen Auftrags

Wenn Freies Radio in seinen vielen unterschiedlichen Pionierphasen immer in Verbindung mit dem Begriff "Gegenöffentlichkeit" gesehen wird, lässt es sich durchaus als Fortsetzung des öffentlich-rechtlichen Auftrags mit anderen Mitteln sehen - es geht um Zugang zu Medien, darum öffentliche Kommunikation zu betreiben, um Anliegen zu transportieren, kritische Auseinandersetzung mit Lebens- und Gesellschaftsbedingungen zu führen. Aufgaben, die auch eine Rundfunkanstalt wie der ORF zu erfüllen hat, aber auf einem professionellen Level - mit professionellen, also bezahlten Journalist\_ innen, auch unter einem gewissen Erfolgsdruck. Einen öffentlichen Rundfunk, der keine HörerInnen hat, muss sich die Gesellschaft nicht leisten. Ein lokales Bürgerradio aber ist unabhängig von seiner Massenwirkung wünschenswert, dazu braucht es allerdings lokale Initiativen, Begeisterung, "Sendungsbewusstsein" und auch finanzielle Unterstützung.

#### Von Piraten und Bürokraten

Auch in Österreich gab es Piratenradio, auch wenn es nicht soweit gekommen ist, dass es legendär wurde wie etwa Radio Caroline, das von einem Schiff aus das Sendemonopol der BBC brach und damit der Entwicklung der Popkultur im Großbritannien der 1960er Jahre wesentliche Impulse gab. In Österreich sendeten Piratensender vom Dach der Technischen Universität und mit mobilen Sendern und waren in ein Katz-und-Maus-Spiel mit den Überwachungsorganen der österreichischen Post involviert. Nach Jahren des Kampfes gegen das Rundfunkmonopol und mit viel Kritik an kommerziellen Radios wurden freie Radios auf lokaler Ebene auch in Österreich zugelassen. Anders als etwa bei heroischen Vorbildern wie Radio Dreyeckland, das 1977 aus einer Anti-AKW-Bewegung im Dreiländereck Frankreich, Schweiz und Deutschland als erstes Freies Radio in Deutschland entstanden ist, galt

es in Österreich eher, den Marsch durch die Institutionen zu bestehen. Selbst der Ton der Argumentation pro Freies Radio lässt oft mehr auf juristischen Hintergrund schließen als auf den Kampf autonomer Radiopiraten. Radio Dreyeckland in Freiburg im Breisgau besteht übrigens noch immer als (in der Selbstbeschreibung) "linkes und demokratisches" Radio, während sich in Mülhausen im Elsass daraus ein "Radio der Elsässer" entwickelt hat.

Die Relevanz der Freien Radios bei der Hörerschaft in Österreich ist auch nach der erkämpften Zulassung im Jahr 1998 und nach zwei Jahrzehnten schwer einzuschätzen, vielmehr von Bedeutung scheint die zivilgesellschaftliche Aktivität selbst zu sein: die Gruppenorganisation, die ein Radio braucht, die Konsequenz, das häufige Experimentieren mit demokratischer Selbstorganisation, die Antworten auf Fragen nach Hierarchie, Kompetenz und Machtverteilung.

Klar sind Freie Radios als ein Kommunikationsfeld für Gruppen von unterschiedlichsten Hörer\_innen von Bedeutung: für Angehörige von Volksgruppen, Migrant\_innen, Bildungsprojekte, für Schüler\_innen bis zu Projekten mit und für ältere Menschen und unterschiedliche Musikvorlieben. In Freien Radios trifft große Expertise auf die Begeisterung von Laien, finden politische Diskussionen statt, die man sonst nicht hören kann, wird viel für die eigene Peer-Group gesendet und das Zusammenwirken verschiedener Mediengattungen probiert. Um nur ein Beispiel zu nennen, sei hier das Cultural Broadcasting Archive (cba.fro.at) erwähnt, das eine Plattform wider die Flüchtigkeit des Mediums Radio bietet, was speziell für kleine Radioinitiativen wichtig ist so bedeutend für Macher\_innen der performative Charakter einer Live-Sendung ist, so problematisch ist die schwierige Ansprechbarkeit einer doch sehr dispersen Zielgruppe zu genau einem Zeitpunkt. Deshalb ist für Freie Radios - oder auch für die einem Freien Radio ähnliche Webradio-Plattform wie Ö1 Campus

– die Wiederauffindbarkeit von Programmteilen von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

#### Produzieren wichtiger als hören?

Freie Radios leiden mitunter darunter, dass nicht einmal die Produzent\_innen von Sendungen die Produkte ihrer Kolleg\_innen hören, was den Schluss zulässt, dass Radio machen für viele ganz einfach nicht nur großes Vergnügen bedeutet, sondern auch andere Vorteile bringt: Wenn man für ein lokales Radio eine Sendung macht, bekommt man Zugang zu lokalen Akteur\_innen, kann mit seinen kritischen Fragen Menschen erreichen, zu denen man sonst keinen Zugang hätte, und erhält möglicherweise Antworten, die weniger routiniert klingen, aber dafür authentischer sind. Welcher Lokalpolitiker will etwa recherchierende Kinder mit denselben Floskeln abspeisen, die für Lokaljournalist\_innen oft genügen? Auch in dieser Hinsicht hat das freie Radio Chancen, die andere Medien nicht so leicht haben.

Nach zwanzig Jahren Freiem Radio in Österreich lässt sich konstatieren, dass Hoffnungen auf radikale Gesellschaftsveränderung durch autonome Radioorganisationen nicht eingetreten sind, dass aber kommunikatives Potenzial für vielfältige Gruppen auch in unterschiedlichen Sprachen weiterhin zu nutzen ist und dass eine mediale Bildungsmöglichkeit für tausende Mitarbeiter\_innen entstanden ist, die vielen weiteren offensteht. Und gerade weil mit anderen kooperiert werden muss, entsteht im Freien Radio etwas ganz anderes als in einem Podcast, der genauso gut von Einzelnen im stillen Kämmerlein ohne Rückbindung an gesellschaftliche Wirklichkeiten produziert werden kann.

Rainer Rosenberg, seit 1974 beim ORF, war verantwortlich für diverse Sendereihen auf Ö3 (u. a. Musicbox, Zickzack) und Ö1 (Moment, Menschenbilder, Punkt eins) und die Experimentalprogramme Radio 1476 auf Mittelwelle und das Webradio Öl Campus, Er ist Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.

# Blick über den Tellerrand

#### Community-Medien im Spiegel europäischer und internationaler Institutionen

n den meisten Ländern Europas ging die Zeit der staatlichen Rundfunkmonopole bis Mitte der 1980er Jahre zu Ende. In Italien war dies bereits 1977 der Fall, in Frankreich begann 1981 die Blütezeit der "Radios Libres" und innert kurzer Zeit entstanden mehrere hundert lokale nichtkommerzielle Radiostationen. Auch in Österreich wurde in den 1980er Jahren die Forderung nach einem Ende des Monopols lauter. Über die Rolle internationaler Institutionen in der Entstehung und Erhaltung nichtkommerzieller Medien.













Im Frühjahr 1989 veranstaltete die Europäische Föderation Freier Radios (FERL) in Wien eine Tagung mit angekündigter Liveübertragung zum Thema Medienfreiheit, die mit der Beschlagnahmung des Senders endete. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden auch die möglichen Folgen der unmittelbar bevorstehenden Landtagswahl in Kärnten und des bereits absehbaren Erfolgs von Jörg Haider diskutiert. Deutschnationalismus und Minderheitenfeindlichkeit kennzeichneten den FPÖ-Diskurs in Kärnten und sollten dann für lange Jahre die Politik bestimmen. Mit Unterstützung von Freien Radios aus Slowenien und Italien entstand kurzfristig die Idee, als Protest und Lebenszeichen eines "anderen Kärnten" ein zweisprachiges Programm von Italien nach Kärnten zu senden - was legal und einfach möglich war. Das "Drugačni Radio za Koroška/

das andere Radio für Kärnten" war so das erste legale Freie Radio, als es Anfang März für eine Woche auf Sendung ging und danach bis 1991 jeden Sonntag zwei Stunden zweisprachiges Programm aus Italien nach Kärnten sendete.

#### Starthilfe aus Strasbourg

Der gleichzeitig gegründete Verein AGORA beschritt ab Herbst 1989 den Weg einer Beschwerde gegen das Monopol an die Europäische Menschenrechtskommission beim Europarat in Straßburg. AGORA hatte zuvor bei der Postdirektion in Klagenfurt einen Antrag auf Erteilung einer Sendelizenz für ein mehrsprachiges, nichtkommerzielles Radio gestellt - eine Lizenz, die in Österreich damals aufgrund des Rundfunkmonopols nicht gewährt werden konnte. Das zentrale Argument der

Beschwerde nach Artikel 10 "Recht der freien Meinungsäußerung" der Europäischen Menschenrechtskonvention war, dass aufgrund des sehr eingeschränkten Zugangs der slowenischen Volksgruppe zu Radio und TV keine adäquate Meinungsvielfalt vorhanden sei. Der ORF sendete damals täglich weniger als eine Stunde slowenischsprachiges Programm im Radio und wöchentlich eine halbe Stunde im TV.

Die Beschwerde von AGORA wurde in Straßburg mit Klagen von kommerziellen österreichischen Medienbetreibern zusammengelegt und im November 1993 erging das Erkenntnis, das zur Aufhebung des Rundfunkmonopols führte. Darin wurde explizit auf die Argumentation von AGORA eingegangen und festgehalten, dass das Entstehen von privaten Monopolen zu verhindern sei und

die Rechte und Bedürfnisse spezieller Hörergruppen im Hinblick auf die Meinungsvielfalt besonders zu berücksichtigen seien. Mit dieser Formulierung ging die Menschenrechtskommission über frühere Erkenntnisse hinaus, die in anderen Ländern zur Aufhebung der Rundfunkmonopole geführt hatten, und stärkte die Position von Minderheiten.

#### Community-Medien im Fokus internationaler Institutionen

Internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, die UNESCO und die OSZE (2007), aber auch europäische Institutionen wie der Europarat und das Europäische Parlament befassen sich teilweise seit den 1980er Jahren mit der Bedeutung von Community-Medien und ihren Potenzialen zur Stärkung einer lebendigen Demokratie. Diese Form der Aufwertung und Anerkennung steht seit den 2000er Jahren in engem Zusammenhang mit der Arbeit engagierter WissenschaftlerInnen und der Publikation aufschlussreicher Studien. Wesentlich ist dabei auch die Rolle des europäischen Dachverbandes Community Media Forum Europe (CMFE) und des internationalen Verbandes AMARC. Das CMFE hat wie die EBU, die Dachorganisation der öffentlich-rechtlichen Anstalten, Beobachterstatus beim Europarat.

#### UNESCO und Vereinte Nationen

Die UNESCO setzte sich schon in den 1970er Jahren weltweit für eine Demokratisierung des Mediensystems ein und beauftragte mit der McBride-Kommission eine Gruppe anerkannter WissenschaftlerInnen eine Studie zur Bedeutung der Kommunikation für die demokratische Entwicklung zu erstellen. In ihrem Bericht Many Voices, One World (McBride 1980) betonen die AutorInnen die Rolle horizontaler, partizipativer Medienstrukturen für die Demokratie und nennen Community-Medien als Beispiele. Die UNESCO beschäftigt sich seither regelmäßig mit der Bedeutung von Community-Medien und widmet dem Thema Nachhaltigkeit von Community-Medien-Projekten eine eigene Sektion auf ihrer Website.

#### Europarat

Im Europarat wird Medienpolitik stets vor dem Hintergrund der Menschenrechte verhandelt. Erste Dokumente zu Community-Medien finden sich bereits ab den 1980er Jahren. Diese betonen die Wichtigkeit von Community-Medien zur Förderung der Medienvielfalt vor dem Hintergrund wachsender Medienkonzentration (Europarat 2007). Eine eigene Erklärung weist auf den Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und zum interkulturellen Dialog hin (Europarat 2009). Den Mitgliedsstaaten wird explizit empfohlen, den Aufbau und das Bestehen nichtkommerzieller Community-Medien zu unterstützen. Zuletzt verabschiedete der Ministerrat des Europarates die Empfehlung zu Medienvielfalt und Transparenz der Eigentumsstrukturen (Europarat 2018). Darin wird auf die wichtige Funktion von Community-Medien für lokale Themen, die Partizipation benachteiligter Gruppen und die generationsübergreifende Vermittlung von Medienkompetenz hingewiesen.

#### Europäisches Parlament

Auch im Europäischen Parlament gab es erste Berichte zu Community-Medien bereits in den 1980er Jahren. Der Kulturausschuss gab 2007 die Studie The State of Community Media in the European Union (KEA 2007) in Auftrag. Der Bericht zeichnet ein buntes, aber fragmentiertes Bild der Community-Medienlandschaft in Europa. Als gemeinsame Merkmale in allen europäischen Ländern werden ihr Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, des lokalen Empowerments sowie des interkulturellen Dialogs unterstrichen. In der Folge beschloss das Europäische Parlament die Resolution on Community Media in Europe (Europäisches Parlament 2008), in der die EU-Kommission aufgefordert wird, für mehr Anerkennung und Unterstützung von Community-Medien zu sorgen und deren Beitrag zu Medienpluralismus und kultureller

Vielfalt im Rahmen der Politikgestaltung stärker zu berücksichtigen. In der Resolution werden auch bildungspolitische Aspekte angesprochen und die Gewährung staatlicher Beihilfen empfohlen, damit der nichtkommerzielle Mediensektor seine Funktionen auch in einer sich wandelnden Gesellschaft erfüllen kann.

Der Beitrag von Community-Medien zur Medienvielfalt, zu gesellschaftlichem Dialog und der Partizipation benachteiligter Gruppen ist unbestritten. Zu einer durchgehenden Anerkennung in den EU- oder Mitgliedsstaaten des Europarates scheint es aber immer noch ein mühsamer Weg und angesichts der kommerziellen Interessen großer Medienunternehmen eine Auseinandersetzung mit ungleichen Ressourcen zu sein.

Derzeit bemüht sich das Community Media Forum Europe um angemessene Berücksichtigung der Community-Medien in neuen Empfehlungen des Europarates - besonders in Bezug auf die Verantwortung für lokale Medien- und Meinungsvielfalt sowie die Vermittlung von Medienkompetenz.

#### Literatur

Europäisches Parlament (2008): Resolution on Community Media in Europe. Adopted the 25th of September 2008.

Europarat (2007): Recommendation Rec (2007)2 of the Committee of Ministers to member states on media pluralism and diversity of media content. Strasbourg.

Europarat (2009): Declaration of the Committee of Ministers on the role of community media in promoting social cohesion and intercultural dialogue. Strasbourg.

Europarat (2018): Recommendation CM/Rec(2018)1 of the Committee of Ministers to member States on media pluralism and transparency of media ownership. Strasbourg.

Kern European Affairs (KEA) (2007): THE STATE OF COMMUNITY MEDIA IN THE EUROPEAN UNION, Study, Directorate General Internal Policies of the Union. Policy Department Structural and Cohesion Policies Brussel: European Parliament.

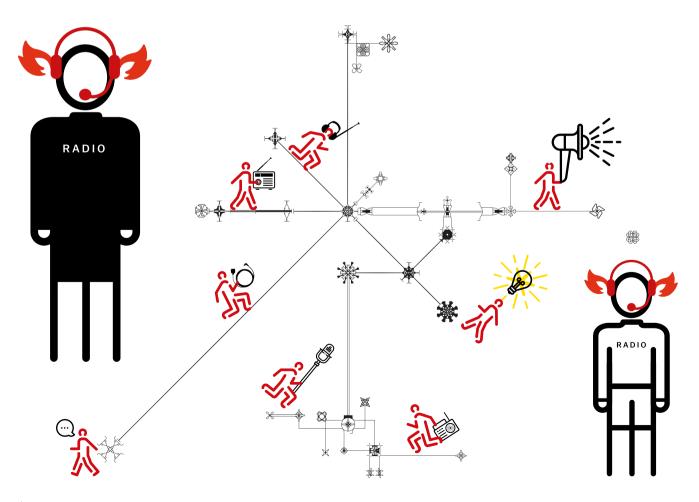
McBride, Sean (1980/2004): Many Voices, One World. Towards a New, More Just, and More Efficient World Information and Communication Order. Lanham: Rowman & Littlefield.

Helmut Peissl ist Mitbegründer von Radio AGORA in Kärnten und leitet das Community-Medien-Institut COMMIT. Er engagiert sich im Rahmen des Community Media Forum Europe (CMFE) für mehr Anerkennung von Community-Medien auf europäischer Ebene und beschäftigt sich mit Weiterbildung und Begleitforschung zu nichtkommerziellem Rundfunk.

# Selbstbestimmt, niederschwellig und lustbetont

#### Lernen durch die Produktion von Sendungen

enn von Rundfunkmedien und Bildung die Rede ist, wird zumeist an das Lernen durch den Konsum von Sendungen gedacht. Aber auch jene, die die Sendungen produzieren, lernen dabei und dies kann sogar wesentlicher sein als die Bildungseffekte bei Hörer\_innen und Seher\_innen. Im Mittelpunkt dieses Artikels steht das – häufig nicht angestrebte, aber bemerkenswert umfassende – Lernen derjenigen, die Sendungen im nichtkommerziellen Rundfunk in Österreich gestalten.



Nichtkommerzielle Sender - international sogenannte Community-Medien – zeichnen sich durch lokale Verankerung und gemeinschaftliche Organisationsform aus. Das heißt, dass dort grundsätzlich jede interessierte Person ohne Vorkenntnisse eine Sendung machen kann und die dabei verwendete Sprache, die Inhalte und Gestaltung (im Rahmen einer Verpflichtung zur Diskriminierungsfreiheit) selbst bestimmt. Dies gibt auch Personen und Gruppen eine öffentliche Stimme, die medial sonst kaum vertreten wären.

Eine Gesetzesänderung 1997 ermöglichte es freien Medien in Österreich, sich - neben öffentlich-rechtlichem und kommerziellem - als dritter Sektor (legal) zu etablieren. Derzeit sind 17 nichtkommerzielle Rundfunkstationen aktiv, davon 14 Radio- und drei TV-Sender, in denen rund 3.000 Personen hauptsächlich ehrenamtlich mitwirken.

In zahlreichen Studien auf internationaler Ebene wurde festgestellt, dass die Möglichkeit der Mitarbeit in solchen Sendern nachweislich zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, des lokalen Empowerments sowie des interkulturellen Dialogs beiträgt (vgl. Carpentier 2011, Coyer et al. 2007, Lewis/Jones 2006, Rodriguez 2001, 2011). Erwähnung findet dabei häufig, dass die Sendungsgestalter\_innen auf zahlreichen Ebenen profitieren, so auch durch den Erwerb von Kompetenzen, die weit über die Fähigkeit hinausgehen, eine Sendung zu gestalten. Einige wenige Forschungsprojekte in England und Irland (Lewis/Jones 2006, Cvetković 2010) konnten dies in ausgewählten Aspekten auch nachweisen.

In einer explorativen, empirischen Studie wurde diese Annahme auch in Bezug auf Österreich überprüft (Peissl/Lauggas 2016). Zur Erforschung der Lerneffekte bei Sendungsgestalter\_innen in österreichischen Community-Medien wurden Selbst- und Fremdbeschreibungen in Form von Fokusgruppengespräch, Forschungsworkshop, Expert\_inneninterviews und Onlineumfrage eingeholt sowie die angebotenen Aus- und Weiterbildungsprogramme der Sender analysiert.

#### "... das war eigentlich ganz banal ..."

Der Umgang mit Technik - aufnehmen, schneiden, mischen, senden usw. - ist die am leichtesten benennbare Lernerfahrung. Wiederholt wurde betont, dass die Scheu vor der Technik anfänglich am größten war, erste Bedienungserfahrungen aber zu einer raschen und weitgehenden Entmystifizierung führten. Diese wird durch die Freiheit zu Fehlern und (technischen) Pannen zusätzlich erleichtert.

#### "... du bist dahinter, das hören die ..."

Das Mikrofon hat sich als höchst aufgeladenes Symbol von Radiound Fernseh-Sendungsproduzent\_ innen herausgestellt, denen ihr eigenes Sprechen, das verstärkt und gesendet wird, bewusster wird und für viele eine erste wichtige Hürde ist. Häufig wird ganz gezielt eine Sprache (Erst- oder Fremdsprache, Dialekt, Mundart, Slang usw.) gewählt, in der sie kommunizieren möchten und mit der sie sich dann vermehrt auseinanderzusetzen beginnen - auch im Kontext von Übersetzungsfragen oder mehrsprachigen Sendungen. Die Möglichkeit, in einer nichtdeutschen Erstsprache in Österreich on air gehen zu können, ist nicht nur für Angehörige dieser Sprachen von Bedeutung, sondern bewirkt auch den Kontakt mit dieser Sprache bei anderen Gestalter\_innen und den Hörer\_innen. Mit dem Mikrofon in der Hand werden die Produzent\_innen wahr- und als Repräsentant\_innen von Öffentlichkeit ernst genommen und aufgewertet. Um Mikrofon, Sprache und Sprechen gruppieren sich zahlreiche v. a. informelle Lernerfahrungen, die das Selbstbild in bestärkender Weise verändern.

#### "Ich lese jetzt Dinge, die ich vorher nie gelesen hätte"

Die Produktion von Sendungen zieht in einem überraschend hohen Ausmaß die Beschäftigung mit und Recherche von neuen Inhalten nach sich. Zahlreiche Veranstaltungen und kulturelle Angebote wie Filme, Konzerte, Diskussionsveranstaltungen werden besucht, weil eine Sendung dazu geplant oder überlegt wird. Dieses erhöhte Interesse an gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe und Auseinandersetzung beginnt für viele erst mit der Sendermitarbeit. Für eine beeindruckend hohe Personenanzahl nahmen auch Lese- und Schreibtätigkeit durch ihre Mitarbeit beim nichtkommerziellen Rundfunk erheblich zu, sie begannen Büchereien aufzusuchen oder Literatur zu kaufen.

#### "Jetzt pack ich halt mein ... mein ... Radiogerät ein und frag neben dem, das wir so und so reden, hast du Zeit, dass wir ein Interview machen?"

Zur inhaltlichen Weiterbildung kommt auch eine ausgeprägte soziale, da Interviews oder Studioeinladungen häufigen Kontakt mit Personen erfordern. Dabei setzen sich Sendungsgestalter\_innen mit diesen Menschen, mit Herkünften und Ansichten auseinander, übernehmen Verantwortung bei der Erklärung des Ablaufs für Studiogäst\_innen und kooperieren mitunter mit Institutionen oder anderen Sendungsmacher\_innen. Als Journalist innen mit Mikrofon haben sie die Scheu vor berühmten Personen oder sonstigen Autoritäten (ein Stück weit) abgelegt und profitieren davon, von diesen Gesprächspartner\_innen anerkannt zu werden. In Kontakt mit Menschen und Öffentlichkeiten treten sie weiters bei der Bewerbung ihrer Sendungen, in Reaktion auf Feedback, bei der Koordination von Studionutzung und nicht zuletzt im Rahmen von Weiterbildungsworkshops, in denen sie sich neben den Lehrinhalten auch über gemeinsame Sendungserfahrungen austauschen. Insofern bieten nichtkommerzielle Sender Rahmenbedingungen für sogenanntes Sozialkapital: Dieses betont den Wert von Kontakten, die Menschen miteinander pflegen, die als erneuerbare Ressourcen wichtig sind und auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern (Vater/Kellner/Jütte 2011).

#### "Und bei der Musik ist mir auch wichtig, dass ich keine Mainstream-Sachen bring"

Die Erfahrung der medialen Aufbereitung von Inhalten schärft bei fast allen Sendungsproduzent\_innen die Aufmerksamkeit für die Gestaltung von Medienbeiträgen anderer Sender. Gelungenes, aber auch die Fehler der Profis werden nun gehört und wirken inspirierend auf eigene Produktionen. Manche möchten gezielt Musik oder Inhalte bringen, die in (kommerziellen) Sendern wenig Raum erhalten. Die Position von Menschen in kulturellen, sozialen, sprachlichen Communitys oder Subkulturen verändert sich in der Rolle als öffentliche Sendungsgestalter\_innen - sie werden zu Ansprechpersonen. Anderen wiederum bereitet es Freude, sich an professionellen Journalist\_innen zu orientieren, mit ihnen zu vergleichen und dabei in der Lage zu sein, selbst Öffentlichkeit zu bespielen. Medienkompetenz wird also umfassend erworben und ausgebaut, für einige stellt dieses Engagement auch den Ausgangspunkt für berufliche Karrieren in der Medienbranche dar.

"Also es fließt immer mehr ein. dass ich mir Gedanken mache: Wie kommts aus dem Radio wieder raus? Das lernt man auf alle Fälle. Ich habe einfach mehr aufgepasst ... mit der Zeit"

Mut und Spontaneität stellten sich als zentrale Herangehensweisen heraus, die besonders häufig mit lustvollem Lernen in Zusammenhang gebracht wurden. Gefahrlos etwas ausprobieren und spontan agieren zu können oder notfalls zu müssen, kam in zahlreichen Angaben als Ausgangssituation vor, in der lehrreiche Erfahrungen gemacht werden konnten. Immer wieder wurde (kichernd) von Experimenten erzählt, die gut oder schlecht verliefen. Inhaltliches Vermittlungsbedürfnis und Spaß an ungeplantem oder auch unvorbereitetem Tun stellen für viele einen spielerischen Zugang zu neuem Wissen und neuen Kompetenzen dar.

Es lässt sich also zusammenfassen. dass in Community-Medien folgende Bedingungen (in ie unterschiedlichem Ausmaß) für Gestalter\_innen besonders förderlich sind: keine langen Ausbildungen, sondern sofort anfangen können bzw. learning by doing mit größtmöglicher Freiheit für Fehler und Experimente und ohne Produktivitäts- oder Leistungserwartungen erfüllen zu müssen; selbstständig und interessengeleitete Wahl von Lernfeldern, Inhalten und Gestaltung mit Anbindung an den eigenen Lebensraum; persönliche Kontakte im Sender, der örtlich möglichst nahe liegen sollte.

Community-Medien in Österreich bieten also Voraussetzungen, unter denen vielfältige Bildungsleistungen für unterschiedlichste Personengruppen möglich sind - speziell auch für jene, die kein Interesse an angeleiteter Weiterbildung zeigen. Im Falle von konkreten Sendungsproduktionen passiert Bildung nebenbei, ist nicht an extern definierter Nützlichkeit ausgerichtet. sondern befördert Selbstbestimmung, Stärkung der persönlichen Einzigartigkeit, Selbstermächtigung und Bewusstwerdungsprozesse über die Gesellschaft und der eigenen Handlungsfähigkeit darin. Und nicht zuletzt macht es Spaß!

#### Literatur

Carpentier, Nico (2011): Media and Participation. A site of ideological and democratic struggle. Bristol: Intellect

Coyer, Kate et al. (Hg.) (2007): The Alternative Media Handbook. London: Taylor and Francis

Cyetković, Irena (2010): Media Literacy: Contribution of Irish Community Radio, Diplomarbeit am Dublin Inst. of Technology

Lewis, Peter M. und Susan Jones (Hg.) (2006): From the Margins to the Cutting Edge. Community Media and Empowerment, New York: Hampton Press

Peissl, Helmut / Lauggas, Meike (2016): "Ich lenne mit jeder Sendung!" Bildungsleistungen und Beiträge zum lebensbegleitenden Lernen des nichtkommer ziellen Rundfunks in Österreich. Schriftenreihe der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH Band 2/2016: Wien. https://www.rtr.at/de/inf/ SchriftenreiheNr22016/Band2-2016.pdf (Stand: 7.11.2018).

Rodriguez, Clemencia (2001): Fissures in the Mediascape. New York: Hampton Press

Dies. (2011): Citizens Media against armed conflict. Disrupting violence in Colombia. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Vater, Stefan, Kellner, Wolfgang und Jütte, Wolfgang (Hg.) (2011): Erwachsenenbildung und Sozialkapital Münster: Lit Verlag.

Meike Lauggas hat Geschichte studiert und arbeitet als Coach, Trainerin und Lehrbeauftragte.





### Auf Widerstand 2.0.18

# Trillerpfeifen, Transparente, Schlachtrufe: Es ist wieder Donnerstag!

Die Donnerstagsdemonstrationen gehen in die nächste Runde. Am 4. Oktober begannen die wöchentlichen Proteste gegen die Regierung Kurz mit einer Auftaktkundgebung am Ballhausplatz. Rund 20.000 Menschen demonstrierten gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung unter dem Motto "Wir sind jetzt zusammen!". Gemeinsam wurde die Losung verkündet: "Es ist wieder Donnerstag!" Radio Stimme hat mit zwei der Organisator\*innen der neuen Donnerstagsdemos, Magda und Magda, gesprochen.



Die Idee, die Donnerstagdemos als Protestform zu aktualisieren, sei aus dem Gefühl der Wut und Ohnmacht angesichts der in unglaublichem Tempo angekündigten und umgesetzten Regierungspläne entstanden, erzählen Magda und Magda. Irgendwann wich der Frust dem Impuls zum Protest, dem Drang, etwas gegen diese Regierung tun zu müssen. Eine Gruppe von Einzelpersonen fand sich zusammen, die sich teilweise von der Organisation der Proteste zum "Tag X" am Tag der Regierungsangelobung kannte. Schon in den ersten Arbeitstreffen entstand die Idee, die Donnerstaasdemonstrationen wieder aufleben zu lassen.

Der Protest soll auf die Straße zurück, und zwar lauter, lustvoller und kämpferischer als zuvor, so das Ziel der Organisator\*innen. Sie wollen das widerständische Knistern der Proteste gegen die schwarz-blaue Regierung im Jahr 2000 wiederbeleben und an die damalige Regelmäßigkeit der Donnerstagdemonstrationen anknüpfen. Denn der Donnerstag ist heute noch vielen Menschen als Termin präsent.

Die Organisator\*innen sehen die Donnerstagsdemonstrationen auch als Weg, die Dezemberkälte gemeinsam zu überstehen, Menschen aus der Lethargie zu holen und zu vernetzen, und das auch auf europäischer Ebene. Es soll ein Protest sein, der energetisiert, Menschen zusammenbringt und Spaß macht. Das Ziel ist, eine widerständische Alltagspraxis zu etablieren.

#### Widerstand gegen Schwarz-Blau, gegen Rassismus und Sozialabbau

Die aktuellen Donnerstagsdemonstrationen knüpfen zwar an die Demonstrationen im Jahr 2000 an, dennoch unterscheiden sie sich erheblich von diesen. Die Demos 2000 waren spontan entflammt, der Widerstand war dezentral organisiert. Rechtsextreme Parteien in Regierungen waren europaweit verpönt und die ÖVP stellte als drittplatzierte Partei mit Wolfgang Schüssel den Kanzler. Die Wut in der Bevölkerung war groß.

Die Donnerstagsdemos 2000 entstanden in Folge mehrerer Demonstrationen im Februar: Am 1. Februar demonstrierte eine kleine

Gruppe spontan gegen eine Pressekonferenz von Jörg Haider und Wolfgang Schüssel vor dem Parlament. Die ÖVP-Parteizentrale wurde kurzzeitig von Aktivist\*innen besetzt. Für den 2. Februar, ein Mittwoch, war die erste größere Demonstration angemeldet, an der rund 20.000 Personen teilnahmen und aus der heraus eine Gruppe spontan weiter durch die Innenstadt zog. Am nächsten Tag fand eine unangemeldete Demo vor der Parteizentrale der ÖVP statt.

Am 4. Februar, dem Tag der Regierungsangelobung, demonstrierten Tausende am Ballhausplatz, wodurch Schüssel und seine Minister\*innen gezwungen waren, unterirdisch vom Kanzleramt zu der Angelobung in die Hofburg zu gehen.

Es folgten fast täglich Proteste. Am 19. Februar war der Höhepunkt erreicht: Zwischen 150.000 und 300.000 Personen demonstrierten unter dem Slogan "Widerstand gegen Schwarz-Blau, gegen Rassismus und Sozialabbau". Auf dieser Demonstration wurde die Losung ausgegeben, dass von nun an ieden Donnerstag demonstriert werde, solange bis die schwarz-blaue Regierung zurücktrete. "Wir gehen, bis ihr geht" war die Losung. Fast zwei Jahre lang wurde tatsächlich ieden Donnerstag demonstriert.

Aus Protest gegen die schwarz-blaue Regierung gründeten sich parallel zu den Donnerstagsdemonstrationen mehrere Initiativen wie etwa die Initiative Volkstanz. eine samstägliche Techno-Demo. Public Netbase oder gettoattack. Radio Stimme berichtete auch damals von den Donnerstagsdemonstrationen und sprach in einem Streifzug durch die damals neuerwachte Protestkultur mit verschiedenen Protestinitiativen. Das widerständische Knistern war omnipräsent. Mitstreiter\*innen erkannten sich im öffentlichen Raum anhand der Buttons, auf denen Schwarz-Blau durchgestrichen war. Der politische Protest wurde klar erkenntlich nach außen getragen.

#### Protest in Zeiten von Social Media

Seit dem 4. Oktober 2018 finden die Donnerstagsdemonstrationen wieder wöchentlich statt. Treffpunkt ist meist am Ballhausplatz, der Demonstrationszug zieht dann in verschiedenen Routen durch die Stadt. Eine Herausforderung sehen Magda und Magda dennoch darin, Menschen auf die Straße zu bekommen. Durch die Vernetzung auf sozialen Medien und der allgemeinen Online-Affinität findet Protest vermehrt per Mausklick statt. Die Motivation, auf die Straße zu gehen, hat im Vergleich zur ersten schwarz-blauen Regierung deutlich nachgelassen. Heute muss das Format des Gehens schon fast wiederbelebt werden. Die jeweils sehr umfassenden Programme der bisherigen Donnerstage sollten die Menschen motivieren, auf die Straße zu gehen. In den ersten Wochen sind eine Vielzahl von Künstler\*innen aufgetreten: von Clara Luzia. GUSTAV, EsRAP, Ankathie Koi, Therese Terror bis zu Sidney, T-Ser und Meydo. Es gab bisher keine Donnerstagsdemo ohne Rahmenprogramm. Die beiden Mitorganisator\*innen hoffen, dass es in Zukunft möalich sein wird, die Menschen auch ohne Event vom Demonstrieren auf der Straße zu überzeugen.

Die T-Shirts, Kapuzenpullover, Tragtaschen und Schildkappen mit den Slogans "Do!" und "Es ist wieder Donnerstag!" wirken bislang mehr wie Merchandising denn als Ausdruck einer Protestkultur. Der offene politische Widerstand ist im Slogan gut versteckt.

#### "Basti, ciao, ciao, ciao!"

Das Format für die Donnerstagsdemonstrationen ist sehr offen und reicht von Lesungen. Spaziergängen, Chorgesang, Konzerte, Filmabend bis hin zum gemeinsamen Döner-Essen in der U-Bahn. Am 25. Oktober wurde der "Dönerstag" mit einer gemeinsamen U-Bahn-Fahrt gefeiert. Das Essverbot in der U-Bahn und das Alkoholverbot am Praterstern wurden thematisiert, um auf Verdrängungsmechanismen und Rassismus im öffentlichen Raum aufmerksam zu machen Der 1 November stand im Zeichen der Held\*innen und Kämpfer\*innen, die wegen ihres Einsatzes gegen Faschismus. Unterdrückung und Unrecht zu Tode kamen. Die Demonstration am 8. November gedachte des Novembernogroms 1938. Am 15. November wurde Solidarität mit den Metallern und ihren Kollektivvertragsverhandlungen demonstriert. Gegen die Dezemberkälte können wir uns auf eine Rave-Partydemonstration freuen: Protest im Event-Format.

Ein Anliegen der Organisator\*innen ist es. nicht von einer Partei vereinnahmt zu werden. Deshalb sind bislang keine Parteimitglieder auf den Sprecher\*innenlisten zu finden. Die Donnerstagsdemos soll es so lange geben, wie sie notwendia sind. Eine klare Forderung wie den Rücktritt des Schüssel-Kabinetts 2000 hat das Organisationsteam gegen die Regierung Kurz nicht formuliert.

Wöchentlich stattfindende Demos wurden bewusst sporadischen Großdemonstrationen vorgezogen. Die Überlegung ist nicht nur, eine Regelmäßigkeit zu etablieren. Es ist auch leichter, ein paar Stunden Zeit für kleinere Protestaktionen zu finden als für zeitintensive Großdemonstrationen – sowohl für Teilnehmer\*innen als auch für Organisator\*innen. Das Organisationsteam ist offen für alle, die mitmachen oder eine der Demos selber organisieren möchten. Lust bei der Organisation der Donnerstaasdemos mitzuwirken?

Die Donnerstagsdemos gibt es mittlerweile nicht nur in Wien, sondern auch in Linz, Innsbruck und Klagenfurt. Bis auf weiteres wird der Regierung, ihren Nutznießer\*innen und Mitläufer\*innen wöchentlich ausgerichtet: "Ihr werdet euch noch wundern, wer da aller geht!"

Julia Schönherr ist Redakteurin bei Radio Stimme.

Die Sendung "Auf Widerstand 2.0.18" wurde am 2. Oktober 2018 auf Radio Orange 94,0 ausgestrahlt und ist im Sendungsarchiv unter <mark>www.radiostimme.at</mark> abrufbar. "Auf Widerstand!" wurde am 14. März 2000 ausgestrahlt.



# das politische magazin abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet www.radiostimme.at

Innsbruck
Graz Radio
Kärnten / Koroška Radio AGOn
Bludenz Radio Proton
Salzburg Radiofabrik
Linz Radio FRO
The state of th Orange 94.0

#### Lektüre

#### Das Leben einer Grenzgängerin

Kosmopolitin, Künstlerin, Schriftstellerin: Mopsa Sternheim war eine der schillerndsten Persönlichkeiten ihrer Zeit. Emotional war sie zwischen Frauen und Männern hin- und hergerissen. Politisch war sie im antifaschistischen Widerstand aktiv.

Mit der fiktionalen Biografie der Widerstandskämpferin Mopsa Sternheim verfasste die 2015 verstorbene Politikwissenschaftlerin und Journalistin Ines Rieder ein sehr interessantes Zeitdokument nicht nur über das Leben der Protagonistin, sondern auch über das damalige politische und kulturelle Klima Europas.

Sternheim wurde im Jahr 1905 als Elisabeth Dorothea Löwenstein in Düsseldorf-Oberkassel geboren. Laut Geburtsurkunde Tochter des Anwalts Arthur Löwenstein und seiner Frau Thea, war sie in Wahrheit die Tochter des Schriftstellers Carl Sternheim. Als die Mutter später Löwenstein für Sternheim verließ, blieben Mopsa und ihre ältere Schwester Agnes zunächst beim vermeintlichen Vater und verbrachten zwei Monate im Sommer bei der Mutter.

In dieser Zeit entwickelte Mopsa eine große Sehnsucht nach ihrer sehr geliebten Mutter, von der sie sich ihr ganzes Leben nie gänzlich lösen konnte. Nach erneuter Eheschließung von Arthur Löwenstein 1912 erfuhr sie die Wahrheit und lebte ab diesem Zeitpunkt bei ihren leiblichen Eltern und ihrem jüngeren Bruder Klaus (Kloisy).

Die Sternheims wechselten immer wieder den Wohnort und erlebten das Ende des Ersten Weltkriegs in den Niederlanden. Dort lernte die 13-jährige Mopsa Marie Vlendre kennen, die ihr Interesse an der Politik weckte.

Nach einer kurzen Zwischenstation in Deutschland zog die Familie in die Schweiz und 1922 in den Waldhof in der Nähe von Dresden. Hier lernte Mopsa Anja und Franz Pfemfert - sie Übersetzerin, er Herausgeber der kunst- und kulturrevolutionären Zeitschrift Die Aktion - kennen. Die Gäste des Hauses prägten sie, so die sowjetische Gewerkschaftssekretärin Helene Lerner oder Alice Rühle-Gerstel und Otto Rühle. Die tagespolitischen Vorgänge in der Weimarer Republik hielten das junge Mädchen, das sich intensiv mit

den philosophischen und praktischen Seiten des Kommunismus auseinandersetzte, in Atem. In dieser Zeit kritisierte sie immer wieder, dass sie sich nur mit wenigen Frauen politisch austauschen konnte.

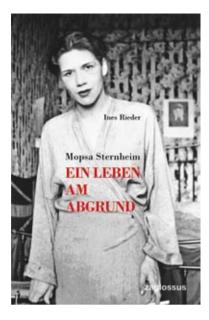
Ab dem Frühjahr 1923 besuchte Mopsa die Kunstakademie in Dresden. Carl Sternheim engagierte sie, für sein Stück Nebbich das Bühnenbild und die Kostüme zu entwerfen. 1924 begann die nunmehr 19-Jährige eine Ausbildung zur Kostüm- und Bühnenbildnerin am Kölner Schauspielhaus. Dort lernte sie die Schauspielerin Pamela Wedekind kennen und durch sie wiederum die Geschwister Erika und Klaus Mann, später auch die Schriftstellerin Annemarie Schwarzenbach. Besonders innig war ihre Beziehung zu Klaus Mann, mit dem sie vieles verband: gemeinsame Freundinnen, Drogenkonsum und politisches Engagement. Für seine Stücke entwarf sie auch Bühnenbilder.

1926 zog Mopsa nach Berlin, wo sie Gottfried Benn dessen Gedichte sie sehr schätzte, kennenlernte. Das Ende der kurzen Liebesbeziehung endete dramatisch mit ihrem Selbstmordversuch. Ihre Freundschaft zu Pamela Wedekind zerbrach, als diese ihren Vater Carl Sternheim heiratete. Mopsa dachte viel über Frauen und ihre Gefühle für sie. Sie hinterfragte immer wieder ihr Begehren und musste feststellen, dass sie lesbisch war. Nichtsdestotrotz heiratete sie nach einigen Beziehungen - u. a. mit der deutsch-amerikanischen Schauspielerin Ruth Landshoff - den Künstler Rudolph Carl von Ripper und wollte mit ihm und dem surrealistischen Schriftsteller René Crevel, der Mopsa ebenfalls heiraten wollte, eine Beziehung zu dritt führen, was aufgrund des enormen Drogenkonsums des Ehepaars nicht wirklich gelang. Zahlreiche Entziehungskuren halfen jeweils nur kurze Zeit.

Die junge Frau folgte 1933 ihrer ein Jahr zuvor ins Pariser Exil gezogenen Mutter und engagierte sich im ThälmannKomitee, das sich um Geflüchtete aus Deutschland kümmerte. Ihren Ehemann sah sie nur sporadisch, unterstützte aber weiterhin seine künstlerische Arbeit. Nach Kriegsausbruch war sie im Widerstand aktiv. Über eine Widerstandsgruppe, die mit der britischen Special Operations Executive zusammenarbeitete, gelang es ihr, ihren jüdischen Freund Michel Zimmérmann außer Landes zu bringen. 1943 wurde Mopsa von der Gestapo verhaftet und gefoltert. 1944 kam sie zuerst ins Sammellager in Compiègne und von dort ins KZ Ravensbrück. Hier arbeitete sie zuerst im Büro und war anschließend Blockälteste im Krankenrevier. Wo immer sie konnte, versuchte sie zu helfen, so trug sie z.B. Namen in falsche Listen ein. um Menschenleben zu retten. Im April 1945 wurde sie vom schwedischen Roten Kreuz befreit.

"Nicht gebrochen, aber doch zerbrochen", beschrieb Mopsa ihren Zustand nach der Befreiung. Entschädigungsforderungen blieben erfolglos, aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst galt sie in Frankreich als Verräterin, auch von Deutschland bekam sie nichts (erst ihre Mutter erhielt "Wiedergutmachung" für sie). Als Ärzte Darmkrebs diagnostizierten, wurde Mopsa operiert. Diese Operation wollte sie nicht überleben und bat Freunde um Hilfe - sie halfen. Am 11. September 1954 starb Mopsa Sternheim in Paris.

Das Manuskript ihres Romans mit dem Arbeitstitel Vivian (später: Im Zeichen der Spinne), in dem sie über ihren Selbstmordversuch nach dem Ende der Affäre mit Benn und ihre Beziehung zu Ruth Landshoff schreiben wollte, gilt als verschollen.



Mopsa Sternheim, Ein Leben am Abgrund. Von Ines Rieder Wien: Zaglossus 2016 354 Seiten; EUR 19,95 ISBN: 978-3-902902-25-2

Petra M. Springer





## "Ich war auf der Universität des Lebens"

#### Melahat Biçer betreibt seit 17 Jahren einen Stand am Viktor-Adler-Markt. Wut war ihre Antriebskraft, erzählt sie.

ie Samstage sind die mühevollsten Tage, aber noch herrscht Schläfrigkeit vor. Das Obst und Gemüse, die Gewürze in allen Farben, Hosen und Kleider, dicht gehängt auf langen Stangen - langsam bringen sie Farbe in die Eintönigkeit der Standlwelt. Der Viktor-Adler-Markt in Favoriten bereitet sich in diesen Morgenstunden auf einen Tag voller Geschäftigkeit vor. Melahat Biçer kämpft noch ein bisschen mit dem Teig, dann mit dem kleinen Heizstrahler, ehe sie sich endlich der sämigen Sauce für ihre selbstgemachten Lahmacun widmen kann. Die Türen zu ihrem Markstand sollten eine kurze Zeit lang geschlossen bleiben, damit sich die Wärme des Heizstrahlers entfalten kann, aber so ganz will das nicht klappen. Erste Bestellungen für Gözleme, gefüllte Fladenbrote, trudeln schon ein, eine alte Bekannte von der Marktaufsicht schaut vorbei, ihr Mann nimmt eine Lieferung entgegen. Frau Biçer, ihre Marktkollegen nennen sie gerne Melanie, sagt: "Ich mache hier alles selbst. Lahmacun, Manti, Gözleme. Deswegen mögen das die Leute." Im Viktor-Adler-Markt ist die 52-jährige Frau Bicer weltberühmt, mehrere Jahre lang war sie die Sprecherin des Marktes, von hier aus beobachtet sie nicht nur den angrenzenden Reumannplatz, sondern auch den Wandel in ihrer Heimat Wien.

Melahat Biçer war zwei Jahre alt, als ihre Eltern Anfang der 1970er als sogenannte Gastarbeiter aus der Provinz Kayseri nach Österreich kamen. Sie besuchte die Schule in Hainburg an der Donau, als junger Teenager zog die Familie schließlich nach Wien. "Mit 15", sagt sie rückblickend, "fand ich mich im Arbeitsleben wieder." Damals habe es all diese Möglichkeiten nicht gegeben oder man habe sie nicht bedacht: Lehre, weiterführende Schule, Ausbildung. Die Umstände waren einfach schwieriger, sagt Frau Biçer, besonders für junge Mädchen. Es ist ihr wichtig zu betonen, dass sie immer gearbeitet habe, lange Jahre als Zimmermädchen. "Eine schwierige Tätigkeit", sagt sie, "aber ich habe sie immer ordentlich gemacht, ich habe die Arbeit ernst genommen." Und trotzdem war da dieses Gefühl, das sie ihr Arbeitsleben lang begleitet habe, zunächst eine undefinierbare Empfindung, später dann ganz klar und deutlich: Wut. Die Wut, nicht weiterzukommen, die Wut auf die Aussicht darauf, dort festzustecken, wo sie gerade ist. Die Wut sei denn auch die Antriebskraft für den Gedanken gewesen, den sie eines Nachts für sich formulierte: "Ich will mich selbstständig machen." Und dann war

es beschlossene Sache. Über alte Bekannte kam Melahat Biçer im Jahr 2001 zu ihrem Marktstand, nur kam mit dem Marktstand aber auch der ganze Papierkram. "Ich habe mir nicht ausmalen können, was Selbstständigkeit bedeutet", sagt Biçer. "Ich hatte ja keine Erfahrung, aber dann sollte ich ein Konzept schreiben für die nächsten drei Jahre." Sie drückte die Schulbank und holte den Gewerbeschein. Dass sie es schaffen würde, daran hatte sie aber keinen Zweifel, erzählt sie. "Schau, das war 2001 und ich bin immer noch hier."

Ihr Stand teilt sich in zwei kleine Hälften: Auf der einen Seite bäckt und kocht sie, auf der anderen Seite haben an vier Tischen Gäste Platz. An der Wand hängen Bilder, die Szenen einer anatolischen Idylle zeigen, sowie ein Bild mit arabischer Kalligraphie, es ist ein Gebet. Zwei Gäste hat sie schon, mit ihnen plaudert sie über dies und das, mit einer auf türkisch, mit der anderen auf deutsch. Sprachschwierigkeiten hatte Melahat Biçer nie, schüchtern ist sie ohnehin nicht. "Ich habe studiert, aber es war die Universität des Lebens zwischen all diesen Menschen." Für Studien vieler Art eignet sich der Viktor-Adler-Markt sowieso. Zu Wahlkampfzeiten suchen die Parteien diese Gegend auf, machen große Versprechen, nur um kurz danach wieder in der Versenkung zu verschwinden, hört man die Marktstandler hier sagen. Besonders zwischen der SPÖ und der FPÖ ist der Bezirk Favoriten hart umkämpft. "Es gab eine Zeit, da haben alle vom Kopftuch geredet. Ich trage mein Kopftuch modern. Ich habe meinen Glauben in mir, ich gehe nicht herum und sage: Schaut, ich bin Muslima", sagt Biçer. All diese Debatten um das Kopftuch, die Integration, Rassismus, all das betreffe die türkeistämmige Gemeinschaft mehr als andere. Warum falle es der Gesellschaft so schwer, fragt sie sichtlich ratlos, die Türken zu akzeptieren? "Sind wir denn so schlecht? Ich bin hier aufgewachsen, meine Kinder sind hier geboren. Ich bin fremd in der Türkei, aber hier will ich nicht fremd sein." Was also tun? "In ein Land ohne Land gehen." Bis dieses Land erfunden wird, lässt es sich am Viktor-Adler-Markt gut warten. Frau Biçer hat eine Bestellung für ein Festessen bekommen, es handle sich um ein österreichisches Paar, Stammkunden. Es geht Richtung Mittagszeit und jemand hat Mantı bestellt, kleine Teigtaschen mit Hackfleisch gefüllt. Frau Biçer setzt das Wasser auf. "Mich hält das alles auf Trab. Ich mag das sehr."



## Fünfundzwanzig Jahre Pflegegeld oder Das vergessene Jubiläum

inem Aufruf der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung behinderter Menschen folgend, eilten Herr Groll und der Dozent die Weihburggasse Richtung Kärntnerstraße entlang. Bezieher von Pflegegeld aus allen Altersgruppen und Beeinträchtigungsformen sollten bei einer Kundgebung vor dem Stephansplatz den Ausbau des Pflegegelds fordern und Wege weisen, wie eine Sanierung der schwerwiegenden Gesetzeslücken auszusehen hätte. Auf dem Weg von Floridsdorf in die Innenstadt hatte Herr Groll seinen Begleiter instruiert: Nicht nur, dass das Pflegegeld, das 1993 als Zuschuss für behinderungsbedingte Mehraufwendungen geschaffen worden war und die Selbständigkeit behinderter Menschen erhöhen sollte, infolge der fehlenden jährlichen Inflationsabgeltung um ein gutes Drittel weniger Kaufkraft aufweist als bei dessen Einführung, auch habe das Gesetz eine Reihe von Verschlechterungen erfahren, die in der großen Mehrheit betagte Frauen betreffe. "Bis zur Einführung des Pflegegelds bekamen alle Menschen, die das 80. Lebensjahr überschritten, den ,doppelten Hilflosenzuschuss', das entspricht der heutigen Kaufkraft von rund 300 Euro. Die Stufe 1 des gegenwärtigen Pflegegelds beläuft sich aber auf nur 157 € (65 Stunden monatlicher Pflegebedarf) und Stufe 2 auf 290 Euro (95 Stunden). Das heißt, erst in der zweiten Stufe wird das Niveau der siebziger und achtziger Jahre nominell erreicht. Wenn man nun bedenkt, dass 80 Prozent der PflegegeldbezieherInnen in den Stufen 1 und 2 zu finden sind, und der weitaus größte Anteil von Anträgen durch Frauen gestellt wird, so ist klar, wer die Verlierer der Einführung des Pflegegelds waren und sind – ältere Frauen. Sie wurden von den ÖVP- und SPÖ-Pensionistenorganisationen verraten und verkauft."

Der Dozent wiegte nachdenklich den Kopf und lief weiter neben Groll her, der sich beeilte, zur Kundgebung zu kommen.

"Vor 25 Jahren bezogen 450.000 Menschen Pflegegeld, und seither heißt aus dem Mund von Sozialpolitikern, dieser traurigsten Abteilung unter den Politikern, dass die Zahl der Pflegegeldbezieher immer mehr zunimmt, und selbst in seriösen Zeitungen können Sie regelmäßig lesen, dass die Zahl der BezieherInnen regelrecht explodiere." Groll holte tief Luft und bremste den Rollstuhl ein: "Und nun, frage ich Sie, geschätzter Freund, wie viel Pflegegeldbezieher gibt es im Jahr 2018?"

Der Dozent hielt inne und sagte nach einer Denkpause. "Ich nehme an, doppelt so viel. Oder mehr noch, dreimal so viel!" "Es sind 450.000", sagte Groll. "Genauso viele wie bei der Einführung. Prozentuell gesehen sind es sogar weniger, denn 1993 hatte Österreich 7,2 Millionen Einwohner, heute sind es eine Million mehr"

"Das ist also die 'Explosion'", sagte der Dozent. "Karl Kraus hatte recht: Wenn Journalisten zu bombastischen Adjektiven greifen, ist davon auszugehen, dass das Gegenteil des Behaupteten wahr ist."

Nachdem er die Hände ausgeschüttelt hatte, nahm Groll wieder Fahrt auf. "Genau das habe ich mir neulich auch gedacht, als ich die Rede des Bundespräsidenten am 12. November beim Staatsakt zur Feier des hundertsten Geburtstags der Republik in der Staatsoper hörte", sagte er. "Er sprach davon, dass es zum Wesen des Österreichers gehöre, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, Herr und Frau Österreicher seien tagein, tagaus damit beschäftigt, immer neue menschenfreundliche Kompromisse auszuarbeiten. Und dann schreckte der Herr Bundespräsident nicht vor dem dümmsten aller inferioren Sätze zurück. Die Wahrheit, sagte er, liege immer in der Mitte und in Österreich ganz besonders."

"Das ist stark", erwiderte der Dozent im Gehen. "Es heißt, wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, aber auch dabei handelt es sich nur um einen besonders dummen Stehsatz. Da liegt die Wahrheit nicht in der Mitte, sondern auf dem Bauch."

"Fehlt gerade noch, dass der Bundespräsident auch den Ranglistenersten in der Riege der dummen Sätze strapazierte …"

"Welchen?"

"Den Satz, dass beim Reden die Leute zusammenkommen." "Ich habe nicht die ganze Rede gehört", erwiderte Groll.

"Ich komme eben von einem Symposion aus dem Hausruck, und ich kann Ihnen berichten, das Gegenteil ist wahr", sagte der Dozent. "Dort schlagen die Menschen einander beim Reden die Schädel ein." Und fügte hinzu: "Es sei denn, sie reden nur über das Wetter – wie die Engländer."

Sie bogen in die Kärntner Straße ein. Schon von weitem hörten sie eine weibliche Mikrofonstimme. "Ich lese aus einem Brief", sagte die Stimme: Mein Name ist Josephine Stelzhammer. Ich bin wegen meiner Behinderung, Spastikerin im Rollstuhl, als Fünfzehnjährige in ein Altersheim eingeliefert worden. Nun bin ich zweiundachtzig Jahre alt und bin seit siebenundsechzig Jahren im Altersheim von Gaissau am Bodensee eingesperrt. Und seit der Einführung des Pflegegelds muss ich darum kämpfen, dass man mir zumindest zehn Prozent 'meines' Pflegegelds aushändigt." [1]

Herr Groll schlug einen Haken um einen als Mozart verkleideten Werbefritzen und steuerte auf das Rednerpult

<sup>&</sup>lt;sup>111</sup> Bizeps Newsletter, 18.5.2018, Heiminsassen erhalten nur einen niedrigen Prozentbetrag des Pflegegelds ausbezahlt. Achtzig Prozent und mehr gehen an die hochprofitablen Heime.



# Zeitschrift der Initiative Minderheiten

Liebe Freund\_innen der **stimme**!

Die **Stimme** ist die einzige minderheitenübergreifende Zeitschrift in Österreich und informiert nunmehr 27 Jahre und 109 Ausgaben lang über Anliegen und Forderungen von Minderheiten, diskutiert die Entwicklungen in der Minderheitenpolitik und tritt für minoritäre Allianzen ein.

Das Jahresabo kostet nur 20 Euro. Bitte abonniert die **Stimme** / schenkt ein **stimme** -Abo / empfehlt uns weiter!
Danke und auf ein Wiederlesen!

E-Mail an: <a href="mailto:abo@initiative.minderheiten.at">abo@initiative.minderheiten.at</a> mit dem Betreff ABO.

